Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. **Bezugspreis** frei Haus monatl. 15 500 M., durch die Post 14 500 M. ohne Zustell.-Gebühr. **Druck u. Verlag:** Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg (GmbH) Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045 1047 2251 **Schriftleitung:** Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr

Der **Anzeigenpreis** beträgt 650 M. für den Millimeter Höhe und Spalte 3000 M. für Reklame, ausschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 700 Mark — **Mittwoch, den 4. Juli 1923** — **3. Jahrgang Nr. 153**

Erhaltung der Substanz auf Kosten des Proletariats

kn. Man wird in bürgerlichen Blättern immer häufiger erwähnt finden, daß die deutsche Industrie, der deutsche Handel, der deutsche Besitz alles daransetzen muß — nicht etwa den Arbeitern „angemessene" Löhne zu zahlen — nein, die „Substanz" zu erhalten, ja, sogar diese Substanz zu vermehren. Die Substanz ist das Kapital, der Warenbestand, der Kauf- und Verkaufspreis von 1914. Das deutsche Kapital hat die Inflation, die ungeheure Schichten der Bevölkerung an den äußersten Rand des Hungers und der Entkräftung gebracht hat, im vollsten Maße benutzt, um sich seinen Besitz uneingeschränkt zu erhalten und heute noch in Papiermark dieselben Preise zu erhalten wie 1914 in Goldmark. Die deutsche Landwirtschaft erhält heute für einen Zentner Getreide genau denselben Preis wie 1914, sie tauscht ihre Goldwerte nur gegen solche Papiermengen ein, die dem heutigen Dollarstande entsprechen. Die deutsche Landwirtschaft hat es bei diesem System fertig gebracht, ihre Kraft, ihren Besitz vollkommen auf der Höhe von 1914 zu erhalten, und da sie — jeder einzelne für sich — fast dieselben Mengen — ja in vielen Fällen sogar noch mehr produziert als damals, bedeutet diese Preismethode bei der ungeheuren Verarmung der Lohn- und Gehaltsempfänger eine unerhörte Bewucherung des Proletariats. Stahl, Eisen, Kohle versucht die Industrie beständig auf einer Preishöhe zu halten, die dem Dollarstande entspricht, ja ihn sogar teilweise bedeutend überholt. Auf dem Effektenmarkt macht sich seit jüngster Zeit eine Bewegung bemerkbar, den Kurs der Wertpapiere dem Dollarstande anzugleichen. Man weiß — und hört es zu seinem Leidwesen immer wieder, daß der Kleinhandel dieser Bewegung lakaienhaft — seinem Schicksal als ausbeutendes, ausgebeutetes Zwischenglied gemäß — versucht täglich die Warenpreise den Dollarkursen folgen zu lassen. Wir wissen, daß die großen Konzerne, daß vor allem Hugo Stinnes mit aller Gier und Brutalität darauf ausgeht, den Kreis des Dollars in die Höhe zu treiben, die Mark zu entwerten, die Waren zu verteuern und infolge aller dieser Zwischengewinne und Hauptgewinne eine Wirtschaftsdiktatur aufzurichten. Dieses ganze Manöver vollzieht sich fortgesetzt unter dem Schlagwort: „Erhaltung der Substanz", und sie lügen uns frech vor, ohne diese Substanzerhaltung wäre „die Gesundung Deutschlands" nicht möglich.

Dies alles ist Schwindel. Diese Aktion vollzieht sich auf Kosten des Proletariats. Die Industrie, die Landwirtschaft erhält ihre Substanz, während die Reallöhne immer niedriger werden; und nachdem man jetzt die Reallöhne auf ein Minimum heruntergebracht hat, geben sich die Gewerkschaften dazu her, diese vollkommen heruntergebrachten Reallöhne in sogenannte „Goldmarklöhne" verwandeln zu wollen. Ja, sie brüsten sich noch damit. Sie können sich beruhigen. Die Industrie wird sich nicht einmal bereit erklären, diese verhunzten Goldmarklöhne zu zahlen. Die Industrie wird weiter daran „arbeiten", ihre Substanz zu erhalten und weiter entwertete Löhne zu zahlen. Die Substanz ist für den Arbeiter der Friedenslohn. Davon ist er so weit entfernt, wie die Industrie entfernt ist, nach dem schäbigen Lohn der heutigen Arbeiter ihren eigenen Verdienst zu bemessen. Bedenken wir noch, daß der Friedenslohn des Arbeiters — also seine Substanz — an sich eine erbärmliche Abfindung war. Stellt Euch nun vor, wie elend Euch im Grunde die Gewerkschaften abfinden wollen! Das Proletariat muß diesen Betrug erkennen; es liegt am ganzen System, und dieses System muß zertrümmert werden.

*

Wucherzahlen

	1913	jetzt	Vielfaches:
Roggen 1 Zentner	8,20 Mk.	297 000	36 210
Fettförderkohle t	12,— „	528 000	44 000
Stabeisen pro t	98,— „	4 800 000	49 000
Bergarbeiterlöhne (7 Stundenschicht)	5,— „	75 000	15 000
Metallarbeiterlöhne (Unternehmerangebot pro Stunde)	0,70 „	6500	9500
Dollar	4,20 „	154 000	rund 40 000

*

In der Woche vom 18. bis 24. Juni sind die Lebenshaltungskosten nach den Berechnungen der „Roten Fahne" um 63 Prozent gestiegen.

Daß diese Berechnung den Tatsachen entspricht, beweist das Statistische Amt der Stadt Köln, das vom 6. bis 20. Juni eine Steigerung von insgesamt 73,6 Prozent errechnet.

Selbst der Stinnesindex der „Industrie- und Handelszeitung" gibt in der vergangenen Woche eine Steigerung um 26 Prozent und eine Steigerung um 39 Prozent bei den Großhandelspreisen zu.

*

Typisch ist die Preisentwicklung auf dem deutschen Getreidemarkt seit Mitte Juni. Während sich der Dollar von etwa 100 000 am 12. Juni bis auf 155 000 am 30. Juni entwickelte, vervielfachten sich in der gleichen Zeit die Preise für Inlandgetreide um rund das 2½fache. Es kostete pro Zentner:

	12. 6.	20. 6.	30. 6.
Weizen	146 000	225 000	380 000
Roggen	119 000	168 000	300 000
Hafer	96 000	151 000	295 000
Dollar	98 503	129 675	154 113

Die Agrarier folgen eben nicht mehr dem Dollar, der ihnen zu langsam steigt, sondern den deutschen Industrieaktien, deren Wertsteigerungen auch durchschnittlich um 50 bis 100 Prozent über der jeweiligen Markentwertung liegen.

*

Nach welchem Kurs?

Vom 30. Juni bis zum 2. Juli fiel der Dollar von 181 000 auf etwa 166 000. In der gleichen Zeit stieg der Zentner Weizen von 380 000 auf 425 000 Mark, Roggen von 300 000 auf 315 000 Mark. Gerste wurde überhaupt nicht notiert, weil kein Angebot vorlag. Nach welchem Kurs rechnen die Agrarwucherer nun eigentlich?

*

Neue Preise

Der Dollar ist seit einigen Tagen nicht nur auf dem gleichen Stand geblieben, sondern sogar etwas gefallen. Das stört die deutschen Kapitalisten nicht. Sie rechnen es sich schon als Verdienst an, daß sie die Preise nicht sprunghaft, sondern „nur" langsam steigern. Langsam, das heißt so um 20 oder 30 Prozent herum.

Der Roheisenverband hat die Preise vom 24. bis 30. Juni erhöht, und zwar für Stahleisen um 516 000 Mark auf 2 853 000 Mark, für Spiegeleisen um 561 000 Mark auf 3 249 000 Mark.

Der Margarineverband hat seine Preise für Margarine neuerdings um 2300 bis 3100 Mark pro Pfund erhöht. Die billigste Sorte kostet jetzt 18 800 Mark, die beste Qualität 25 800 Mark im Großhandel. Mit dem Aufschlag für Verpackung und dem entsprechenden Gewinn dürfte unter 22 000 Mark von jetzt an keine Margarine mehr zu haben sein.

*

Im Winter gehen wir alle barfuß!

Der Verband der selbständigen Schuhmacher in Berlin gibt folgende Richtsätze für Schuhwaren und Reparaturen, gültig ab 30. Juni, bekannt:

Herrensohlen und -absätze genäht	93 332 Mk.	
	bis 102 349. „	
„ „ „ genagelt	80 395 „	
	„ 89 412 „	
Knabensohlen und -absätze genäht	79 140 „	
	„ 88 157 „	
Kindersohlen und -absätze „	36 564 „	
	„ 48 587 „	
neue Herren- und Damenstiefel von	795 000 „	an
Herren- und Damenbesätze	„ 397 500 „	

Selbst wenn sich die Fabrikstiefel etwas billiger stellen, ist die Frage nach diesen Preisen berechtigt: Wer kann sich noch Schuhe kaufen oder reparieren lassen? Die Proleten gewiß nicht. — Diesen Preisen gegenüber gibt es nur eine Antwort: Friedensreallohn.

*

Die neuen Postgebühren vom 1. August

Wie die „Vossische Zeitung" erfährt sind ab 1. August im Ausschuß des Verkehrsbeirates folgende Sätze bewilligt: Brief im Ortsverkehr 400 Mk., Brief im Fernverkehr 1000 bis 1800 Mk., Postkarte im Ortsverkehr 200, im Fernverkehr 400 Mk. Ueber die Fernsprechsätze, die vom Ministerium mit 500 Mk. für das Ortsgespräch und 500 000 Mk. für die Anschlußgrundgebühr vorgeschlagen waren, ist eine Einigung zur Stunde noch nicht erzielt.

*

Das Sinken des Reallohnes

In der Woche vom 25. Juni bis 1. Juli sind die Lebenshaltungskosten von neuem um 21 Prozent gestiegen. 772 692 Mk. in der Woche müßte ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern erhalten, um annähernd so leben zu können wie in der Vorkriegszeit. Die Lebenshaltungskosten sind gegen die Vorkriegszeit auf das 23 572-fache gestiegen.

Ein bedeutungsvoller Kampf

Der Kampf der Metallarbeiter in Berlin ist für die gesamte Arbeiterbewegung in Deutschland von allergrößter Bedeutung. In der Vorkriegszeit standen die Metallarbeiter Berlins mit ihren Löhnen ziemlich mit an der Spitze. Die glorreiche Politik des Metallarbeiterverbandes, von Schlicke eingeleitet, von Dißmann fortgesetzt, von Ziska in Berlin sehr schlecht durchgeführt, hat die Metallarbeiterlöhne in Berlin tief unter das allgemeine Lohnniveau hinabsinken lassen. Bei vielen Verhandlungen über Lohnforderungen in anderen Gruppen benutzten die Unternehmer die billigen Löhne in der Metallindustrie als Dämpfer gegen höhere Forderungen. Ganz besonders die Gehälter der Angestellten in der Metallindustrie wurden in der angedeuteten Weise von den Unternehmern als Druckmittel benutzt. Schon in dieser Beleuchtung bekommt die augenblickliche Bewegung der Metallarbeiter in Berlin ein weit über den Kreis, der direkt Beteiligten hinausgehendes Interesse. Da man weiter weiß, daß hier die Unternehmer eine Kraftprobe veranstalten, ist der Ausgang dieses Kampfes daher von entscheidendem Einfluß für das Verhalten der Unternehmer in allen anderen Gruppen.

Engherziger, zunftmäßiger Gewerkschaftsbureaukratismus läßt selbstverständlich alle sozialen und politischen Gesichtspunkte bei der Entscheidung dieser Frage unberücksichtigt. Die Ziska und Urich vom Metallarbeiterverband bemühen sich krampfhaft, mit den Unternehmern — friedlich den Konflikt zu erledigen. Das heißt, die Gewerkschaftsbureaukraten hopsen zurück. Schon haben sie in die Front der Arbeiter eine Bresche geschlagen, in die das Kapital munter hineinfeuert. Die Mitgliedschaft des Metallarbeiterverbandes wird von ihren Führern geradezu erdolcht.

In überwältigender Mehrheit hatten die Mitglieder das Angebot der Unternehmer abgelehnt. Unter keinen Umständen wollten sie von der Forderung eines Stundenlohnes von 10 000 Mark etwas ablassen. Am Montag hätte der Streik beginnen müssen oder die Unternehmer mußten vorher erklärt haben: die Forderung der Metallarbeiter wird vollständig anerkannt! — Solche Erklärung lag nicht vor. Trotzdem begaben sich die Gewerkschaftsvertreter in die Fallgrube neuer Verhandlungen. Nachdem sie so den Unternehmern gezeigt hatten, daß sie, die Herren Gewerkschaftsführer, auf den Willen der Mitglieder pfeifen, gegen deren Entscheidung, nach den Wünschen der Unternehmer, Konzessionen zu machen bereit sind, hatten die Metallkapitalisten natürlich Oberhand; höhnisch, protzig traten sie auf, ihre Bedingungen sollten anerkannt werden. Und dann erklärte man sich gerissen zu einem kleinen Nachgeben bereit. Auf der mittleren Linie von 9000 Mark wollte man sich verständigen. Und die Herren Gewerkschaftsführer ließen sich einseifen; sie ließen sich nach Hause schicken, die Entscheidung um weitere zwei Tage hinausschieben. Das ist die Kapitulation nach der — Kriegserklärung.

Die Gewerkschaftsbureaukratie ist zufrieden, wenn sie mit einem ganz kleinen Scheinerfolg ohne Kampf aus der Affäre herauskommen kann. Nur keinen Kampf! Das ist ihr Prinzip. Dieses Prinzip müssen die Arbeiter mit ungeheuren Opfern bezahlen. Was die Anerkennung eines 10 000-Mark-Stundenlohnes bedeuten würde, das möchten wir an einigen Beispielen demonstrieren. Wir stellen die Stundenlöhne der Metallarbeiter aus der Vorkriegszeit und die Vorkriegszeitpreise, mit den jetzigen Preisen und dem nun geforderten Lohn in Vergleich, geben ferner dazu den Multiplikator an:

		Mark		Mark	Multiplikator
Lohnsteigerung	von	0,75	auf	10 000	13 200
Preis für Butter	„	1,20	„	36 000	30 000
„ „ Semmel	„	0,02	„	500	25 000
„ „ Rindfleisch	„	0,80	„	24 000	30 000
„ „ ein Ei	„	0,06	„	2 200	36 660
„ „ Margarine	„	0,65	„	25 000	38 460
„ „ Schmalz	„	0,60	„	25 000	41 600
„ „ n. Kartoffeln	„	0,08	„	4 000	50 000

So sehen die Preissteigerungen aus. Daran gemessen, würde ein Stundenlohn von 10 000 Mark eine Kaufkraft von höchstens 33 Prozent der der Friedenslöhne ergeben. Aber die Preise steigen weiter. Stürmisch springen sie in die Höhe. Und die Gewerkschaftsbureaukratie pfeift auf den Willen der Mitglieder [illegible] auf deren Entschließungen, sie gehorcht dem Gebot der Kapital[illegible] und läßt sogar noch von den durchaus unzureichenden Forderungen etwas abhandeln. Und um die Geschlossenheit der Metallarbeiter zu sprengen, um sie gegenüber dem Kapital wehrloser zu machen, inhibiert die Gewerkschaftsbureaukratie den beschlossenen Kampf, übergibt sie eine wichtige Position dem Kapital, schiebt die Entscheidungen hinaus, versucht mit allen Mitteln, Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiterschaft hineinzutragen.

Gelingt es der Berliner Metallarbeiterschaft nicht, diesen neuen Streich der Gewerkschaftsbureaukratie gründlich zu parieren, gelingt es ihr nicht gegen den Willen der Bureaukratie, im Kampf gegen das Kapital ihre Forderung durchzusetzen, dann bedeutet das nicht nur für die Metallarbeiter selbst in Berlin, sondern für die Metallarbeiter in ganz Deutschland, ja für die Arbeiter und Angestellten aller Gruppen eine ganz gewaltige Niederlage. Dieser Niederlage würden unfehlbar neue gewaltige Preissteigerungen folgen, die das lächerlich geringe Lohnzugeständnis vollständig unwirksam machen.

Die Arbeiter können keine isolierten Niederlagen erleiden. **Niederlagen einer Gruppe verwandeln sich in Rückschläge für die**

Neue große Streikwellen in Berlin

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 4. Juli.

Gestern setzte das Schiedsgericht zwischen dem Verband Berliner Metallindustriellen und dem Metallkartell im Reichsarbeitsministerium einstimmig, also mit den Stimmen der Gewerkschaftsvertreter, den Stundenlohn für die dritte Juniwoche auf 7333 Mark und für die erste Juliwoche auf 9000 Mark fest. Zu diesem Schiedsspruch nahm gestern eine Funktionärkonferenz des Metallarbeiterverbandes Stellung. Die bereits eingesetzte provisorische Streikleitung und das Metallkartell empfahlen Ablehnung. Auf Antrag wurde daraufhin mit ⅘-Mehrheit eine Diskussion auf eine neue Urabstimmung abgelehnt und mit zirka 5000 gegen 5 Stimmen der Schiedsspruch verworfen. Die Streikleitung wurde beauftragt, sofort die notwendigen Maßnahmen zur Einleitung des Streiks zu ergreifen. Inzwischen sind bereits spontan einige Großbetriebe der Metallindustrie stillgelegt worden.

Die RGI. zur Transportarbeiter-Einheitsfront

Rosta. **Moskau, 2. Juli.**

Die Konferenz der Roten Gewerkschaftsinternationale beschäftigte sich mit den Entschließungen des Generalrates der Internationalen Föderation der Transportarbeiter, die das Berliner Uebereinkommen, betreffend die Einheitsfront, nur unter der Bedingung für gültig erklären, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale den Kampf gegen Amsterdam aufgibt. Die Konferenz beschloß einen Protestaufruf gegen die Sabotierung der Beschlüsse der Konferenz der Transportarbeiter durch den Generalrat zu erlassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230704-13/fragment/page=0001
DFG

Gesamtheit. Das ist die eine Seite der Medaille. Und die andere Seite? Erfolge einer Gruppe von Arbeitern sind Erfolge, die der Gesamtheit dienen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband ist die größte Gewerkschaft Deutschlands. Der Deutsche Metallarbeiterverband ist ausschlaggebend für die Politik des ADGB. Von den Metallarbeiterlöhnen sind die Löhne des weitaus größten Teils der Arbeiter abhängig. Es kann also der Gesamtarbeiterschaft nicht gleichgültig sein, welche Lohnpolitik der Deutsche Metallarbeiterverband betreibt, d. h. welche Leute an der Spitze des Deutschen Metallarbeiterverbandes stehen.

Die Metallarbeiter haben auf ihrem Verbandstag eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Es geht nicht nur um die Lohnpolitik des Deutschen Metallarbeiterverbandes, es geht tatsächlich um die Angabe der Richtung in der Lohnpolitik der gesamten freien Gewerkschaftsbewegung. Die Wahlen zum Verbandstag in Kassel sind die Gradmesser für den bewußten Kampfwillen der Arbeiter gegen noch weitere Verelendung und für den Friedensreallohn. In Kassel wird mit die Lohnpolitik der freien Gewerkschaften entschieden. Deshalb müssen die Metallarbeiter sich der Bedeutung der Wahlen zum Verbandstag bewußt werden und in Kassel dem Deutschen Metallarbeiterverband eine Leitung geben, die den Deutschen Metallarbeiterverband, und somit auch die anderen freien Gewerkschaften zu einer Kampforganisation für den Friedensreallohn wieder macht.

Passive Resistenz in den Berliner Metallbetrieben

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 4. Juli.

Die Verschleppungstaktik des Metallkartells und der höhnische Zynismus der Berliner Metallindustriellen bei den Verhandlungen hat die Arbeiter in den Metallbetrieben in ungeheure Erregung versetzt.

Als die Belegschaft des Ambi-Konzerns erfuhr, daß verschiedene Betriebe passive Resistenz übten, faßte sie den Beschluß, sofort zwecks einer Protestdemonstration die Arbeit niederzulegen. Dieser Beschluß wurde restlos befolgt, in langem Zuge marschierte die Belegschaft nach Oberschöneweide. Schilder wurden mitgeführt: „Hoch die Solidarität!" Als der Zug von der NAG. zurück beim Kabelwerk anlangte, fuhr plötzlich ein vollbesetztes Auto mit Schupomannschaften auf, die sofort versuchten, unter Handhabung scharfgeladener Karabiner, die Arbeiter zurückzudrängen. Es entstand eine bedrohliche Situation, die nur dadurch überwunden wurde, daß sich 2000 Arbeiter des Kabelwerk Oberspree sofort den Ambi-Arbeitern anschlossen. In nachtwollem Zuge marschierten die Arbeiter trotz der Schupoprovokationen zum Wilhelminenhof. Nachdem gegen die Unternehmerprovokation und die verhängnisvolle Zaudertaktik des Metallkartells schärfster Protest erhoben wurde, nahmen die Versammelten gegen nur eine Stimme eine Resolution an, in der die Funktionäre verpflichtet werden, gegen den Schiedsspruch zu stimmen, wenn er nicht 10 000 Mark für die letzte Juniwoche und 15 000 Mark für die erste Juliwoche vorsieht. Die Anwesenden verpflichten sich, in den Kampf an vorderster Stelle zu stehen, der um den Friedensreallohn geführt werden soll.

Wenn das Metallkartell wieder durch seine Winkelzüge einen geschlossenen, einheitlichen Streik zur Erringung menschenwürdiger Löhne unmöglich macht, so trägt es die Verantwortung für die Folgen. Denn die hungernden Massen lassen sich nicht mehr lange mit leeren Vertröstungen zurückhalten.

Streik im Berliner Baugewerbe

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 4. Juli.

Die Unternehmer im Berliner Baugewerbe haben in provokatorischer Absicht einen Schiedsspruch abgelehnt, der für die erste Juliwoche einen Stundenlohn von 9500 Mk. in der Spitze vorsah und der von den Berliner Zimmerern und mehreren Sektionen des Deutschen Baugewerksbundes bereits angenommen war. Die Berliner Zimmerer haben auf diese Herausforderung bereits die richtige Antwort gegeben. Der Verband der Zimmerer fordert in einem Aufruf die Zimmerer zum sofortigen Streik auf, so daß sie heute geschlossen in den Kampf treten.

Der Baugewerksbund fordert seine Anhänger für heute zur Urabstimmung auf.

Der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter wird unverzüglich zur Lage Stellung nehmen und die Kampfparole ausgeben. Bei der ungeheuren Erbitterung der Bauarbeiter ist damit zu rechnen, daß viele Baustellen bereits heute früh geschlossen in den Kampf treten, denn eine Anzahl hat schon gestern nachmittag mit Streikbeschluß die Arbeit eingestellt.

Lohnkämpfe

In Neustettin traten die Belegschaften einiger Firmen, Schneider, Zementarbeiter usw., in den Streik, um die Unternehmer zu zwingen, über die bisherigen Hungerlöhne hinauszugehen.

In Köslin (Pommern) brach ein Streik im Hochbaugewerbe aus. Ein Schiedsspruch von 5800 Mk. in der letzten Juniwoche für Maurer wurde von den Bauunternehmern abgelehnt. Sie wollten nur den letztgezahlten Lohn von 4500 Mk. pro Stunde für Maurer bis Monatsschluß zahlen.

*

Die Angestellten und Arbeiter der Usa-Bahn Grünau—Schmöckwitz (bei Berlin) sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

*

Die Leipziger Metallarbeiterlehrlinge fordern von der sächsischen sozialistischen Regierung die Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit für Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahre; außerdem vierwöchige Urlaubsbezahlung, Bildung von Schulräten an Fach- und Fortbildungsschulen, Lehr- und Lernmittelfreiheit, sowie Gleichberechtigung der Jugend bei den Wahlen zur sächsischen Arbeitskammer. Die KPD. im Sächsischen Landtag wird für diese berechtigten Forderungen der Jugendlichen und Lehrlinge energisch eintreten.

Gemeinsamer Kampf gegen Faszismus und Separatismus

(Eigene Drahtmeldung)

Düsseldorf, 4. Juli.

Die KPD. richtete heute an die USPD.-Bezirksleitung ein Schreiben, in dem sie an die Forderung der USPD.-Leitung zur Herstellung einer gemeinsamen Abwehrfront gegen den Faszismus anknüpft und zusammen mit den Gewerkschaften eine gemeinsame Besprechung vorschlägt.

Wegen der Faszistengefahr fordert auch die separatistische Bewegung eine gemeinsame Abwehrfront.

Sogar im schwarzen Münsterland sind überall gewaltige Fortschritte der KPD. zu verzeichnen. So wurde als Delegierter zum Verbandstag der Maler in der Wahlabteilung Münsterland der Genosse Elsing gewählt.

Also doch

Die Nationalsozialisten und Deutschvölkischen bestritten bisher immer, daß sie irgendwelche Zuwendungen von französischer Seite erhalten hätten. Jetzt hat es niemand anders als Hitler selbst bestätigt.

Die „Frankfurter Zeitung" weiß zu berichten:

Adolf Hitler hatte den Redakteur der christlichsozialen Wochenschrift „Das neue Volk", Heller, verklagt, weil das Blatt die Anfrage brachte, ob es wahr sei, daß die Nationalsozialistische Partei Gelder von Frankreich, der Tschechoslowakei usw. erhalte.

Das Amtsgericht München hat jetzt das Verfahren eingestellt, weil „der Privatkläger die ihm unter Androhung der Einstellung des Verfahrens zur Vorlage eines Nachweises gesetzte Frist nicht innegehalten hat"! Hitler hat die Kosten zu tragen.

Der tapfere Adolf Hitler hat wohl alle Ursache, einer solchen gerichtlichen Feststellung aus dem Wege zu gehen. Die bayrischen „Volksgerichte" werden natürlich hier in den französischen Korruptionsgeldern an die „National"sozialen keinen Landesverrat wittern. Wie könnten sie auch!

Kapitalistisch-sozialistische Einheitsfront der Parteikasse

(Eigene Drahtmeldung)

Saarbrücken, 3. Juli.

In Saarbrücken finden am Sonntag Kommunal- und Reichstagswahlen statt. Die USPD. hat eine gemeinsame Kasse mit dem Zentrum und der Liberalen Volkspartei sowie den Deutschdemokraten gegründet. In einem gemeinsamen Aufruf werden die Saarbewohner aufgefordert, dieser Kasse reichliche Geldspenden zur Vertretung der ureigensten Interessen zuzuführen. Angeblich gilt die Kasse als Fonds für die Völkerbundswallfahrten nach Genf. Damit hat die Saar-USPD. vollkommen vor der Bourgeoisie kapituliert und sich durch die gemeinsame Kassengründung solidarisch mit ihr erklärt.

„Wahlvorbereitungen" in der Tschechoslowakei

(Eigene Drahtmeldung)

Prag, 3. Juli.

Im Parlament verlas der kommunistische Abgeordnete Genosse Kreibich Geheimerlasse der Regierungsskellen, aus denen klar hervorgeht, daß die Behörden angewiesen wurden, anläßlich der Vorbereitungen zu den kommenden Gemeindewahlen aus Staatsgeldern einen Spitzeldienst zu organisieren, die Wahllisten zugunsten der Regierungsparteien zu fälschen und die Wählerschaft zu terrorisieren. Nach der politischen Lage ist die ganze Machination vor allem gegen die Kommunisten gerichtet. Besonders die Regierungssozialisten fürchten sich vor dem Einfluß der KP. bei diesen Wahlen.

Der Vorsitzende des Parlaments hat den Genossen Kreibich, der vom Verlesen dieser Dokumente nicht Abstand nehmen wollte, aus der Sitzung ausgeschlossen.

Das Programm der neuen belgischen Regierung

WTB. Brüssel, 4. Juli.

In der Kammer erklärte Ministerpräsident Theunis, daß die neue Regierung mit demselben vollständigen Programm bezüglich der militärischen und der Sprachenfrage an die Geschäfte herantrete wie die vorige. Das militärische System müsse vor allem durch die technischen Notwendigkeiten der Truppenausbildung sowie durch den nationalen Bedarf an ausgebildeten Beständen bestimmt werden. Der Zweck werde durch die Annahme der zwölfmonatigen Dienstzeit mit der zweimonatigen Zusatzverpflichtung erreicht. Ebenso müßten die zurzeit gegen Deutschland angewendeten Zwangs- und Ausnahmemaßnahmen aufrechterhalten werden. Die Regierung beabsichtige, die Politik ihrer Vorgängerin, die das Parlament gebilligt habe, fortzuführen. Im Innern, so erklärte Theunis, Arbeit und Sparsamkeit, in außenpolitischer Beziehung Aufrechterhaltung unserer wertvollen Freundschaften und Anwendung aller Mittel, die nötig sind, um die Zahlung der uns geschuldeten Reparationen zu erlangen. Mit ebensoviel Mäßigkeit wie Festigkeit wird die Regierung die größte Energie entfalten, um das feige und verabscheuungswürdige Verbrechen zu ahnden, dessen Opfer eine Anzahl belgischer Soldaten geworden. (Anm. d. WTB.: Der belgische Ministerpräsident nimmt hier das Ergebnis einer Untersuchung vorweg, die selbst nach den französisch-belgischen Meldungen bisher keinerlei Nachweis deutscher Täterschaft erbracht hat.) Die Regierung wird bei ihrer Reparationspolitik bleiben, bis das Land Genugtuung erlangt hat.

*

Diese Erklärung des belgischen Ministerpräsidenten wird die gemeinsame Antwort Frankreichs und Belgiens, die durch die belgische Ministerkrise verzögert worden ist, beschleunigen. Belgien hält an der Reparationspolitik fest, die sie bisher gemeinsam mit Frankreich betrieben hat. Zugleich ist diese Rede an die Adresse Englands gerichtet, das jetzt Frankreich zur Beantwortung der Fragen über die zukünftige Ruhrpolitik drängt. Durch diese Rede soll der einheitliche Wille Frankreichs und Belgiens dokumentiert werden.

Das Fechenbach-Urteil im Reichstag

(Eigener Bericht)

Berlin, 3. Juli.

Nach Erledigung einer Reihe kleiner Vorlagen setzte der Reichstag die Besprechung der Interpellation Fechenbach fort. Der Zentrumsmann Bell bemühte sich als Jurist, der Sache möglichst gerecht zu werden. Er kam auch zu dem Schluß, daß eine Nachprüfung dringend notwendig sei.

Eine ganz andere Note schlug der deutschnationale Pfaffe Strathmann an. Seine Rede war eine fanatische Pauke für die bayrischen Volksgerichte und sie wird hierdurch charakterisiert, daß er als Eideshelfer den ehemaligen bayrischen Justizminister und fortschrittlichen Abgeordneten aus der Zeit der Hottentottenwahlen Müller (Meiningen) zitierte, der eine der gehässigsten Schmähschriften gegen die bayrische Revolution geschrieben hat.

Kahl (DVp.) bringt doch soviel Einsicht auf, die Nachprüfung des Fechenbach-Urteils nachdrücklichst zu befürworten. Er wagt zwar nicht, das Urteil als Fehlurteil zu bezeichnen, aber er bekennt doch, eine Menge Gewissensbeklemmungen über das Strafmaß und die Straftat empfunden zu haben.

Nach einigen juristischen Bemerkungen des sächsischen Richters Brodauf (Dem.) nahm noch einmal der Justizminister Heinze das Wort, um einen Antrag Bell, Marx (Zentr.) zu empfehlen, der die Reichsregierung ersucht, die Reform des Strafprozeßrechts möglichst zu beschleunigen, um dadurch die vollständige Rechtseinheit des Reiches herbeizuführen.

Sodann erhält das Wort

Genosse Thomas:

Ausnahmegerichte haben zur Voraussetzung Ausnahmeverhältnisse. Außer der herrschenden Klasse Bayerns wird aber niemand in der Welt behaupten wollen, daß außergewöhnliche Zustände bestehen. Vom Justizminister sei die Rechtsgültigkeit der bayrischen Volksgerichte betont worden. Demgegenüber hatte er den Satz, daß Rechtsfragen Machtfragen sind. Die herrschende Gesellschaft fühlt sich im Besitz der Macht und glaubt deshalb, das Recht nach ihrem Bedürfnis gestalten zu können. Zum Fall Fechenbach übergehend, kritisierte Genosse Thomas das Verlangen eines Gnadengesuchs. Hier sei nur ein Gesuch auf Wiederaufnahme des Prozesses angebracht. Man solle nicht von Gnade sprechen, Amnestie sei angebracht.

Lebebour (USPD.) betonte, daß der Reichstag nicht die Aufgabe habe, Gnade für Fechenbach zu fordern. Seine Pflicht sei es, dem allgemeinen Volksempfinden über das Urteil Ausdruck zu geben.

Schließlich wird der Zentrumsantrag mit großer Mehrheit angenommen.

Gewerkschaftsbewegung

Eine aktive Tat der Pariser Buchdrucker

Aus Frankreich geht uns folgende Mitteilung zu: Auf Veranlassung der CGTU. haben die Pariser Buchdrucker beschlossen, das faszistische Organ „Action francaise" stillzulegen. Der Versuch, das Pressereptil mit Hilfe von Streikbrechern in einer, kleinen Druckerei herzustellen, scheiterte an der entschlossenen Kampfbereitschaft der roten Buchdrucker. Die „Action francaise" ist von der Bildfläche verschwunden! Der „Vorwärts", der eine ähnliche Meldung bringt, kommentiert dieselbe in folgender Weise:

„Wir hoffen, daß die Schurkereien, die gegen unser Parteiorgan in Münster in Westfalen verübt wurden, die einzigen in Deutschland bleiben und damit Gegenmaßnahmen wie in Frankreich sich als überflüssig erweisen."

Der „Vorwärts"-Skribifax wird erst dann gescheit werden, wenn die Bombe bei ihm platzt.

Der Zusammenschluß der Arbeiter gegen den Faszismus ist ein besseres Mittel als die Hoffnung eines „Vorwärts"-Redakteurs.

Dockarbeiterstreik in England

London, 4. Juli.

In einer Anzahl von Hafenstädten ist ein Streik der Dockarbeiter ausgebrochen. In London sind 6000 Arbeiter im Ausstand.

Die Sitzung der Erweiterten Exekutive

Diskussion zum Referat über den Faszismus

Das Referat unserer gesessen Kämpferin machte auf die Konferenz einen übermäßigen Eindruck. Sie ließ sich durch Krankheit, die sie schon seit Monaten am Gehen verhindert, nicht abhalten, an der Konferenz teilzunehmen. Sie kann nicht gehen, aber ihr Kopf und ihr Herz ist ebenso frisch und jung, wie vor 20 Jahren, und ihre Aktivität hat durch Alter und Krankheit keineswegs abgenommen.

Trotz ihrer Krankheit sprach die Genossin Klara Zetkin mit dem Feuer, das ihre ganze vierzigjährige Tätigkeit im Dienste des Proletariats kennzeichnet. Kaum hatte sie das letzte Wort ausgesprochen, so erhoben sich die Anwesenden spontan wie ein Mann und sangen die „Internationale" ab.

Die Diskussion

Genosse Krajewski (Polen): Der polnische Faszismus scheint äußerlich nicht so aggressiv zu sein wie der italienische. Eine straffe zentralisierte faszistische Bewegung nach italienischem Muster gibt es vorläufig nicht.

Die bekannten Bombenattentate in Krakau zeigen deutlich, daß der polnische Faszismus, trotz seiner äußerlich weniger aggressiven Form, die terroristischen Kampfmethoden von Zeit zu Zeit ebenfalls gebraucht.

Genosse Böttcher (Deutschland): Die faszistischen Organisationen haben sich in Deutschland zu starken Reichsverbänden entwickelt: die „Deutschvölkische Freiheitspartei" und die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei". Innerhalb des deutschen Faszismus selbst treten verschiedene Strömungen auf. In Bayern vertritt eine Richtung den süddeutschen Separatismus, der die Gründung einer Donauföderation will. Eine andere Richtung ist die Großdeutsche Bewegung, die keine Separationen will, sondern im vollen Umfange die Wajswarisierung Deutschlands anstrebt.

Zentral gesehen, besteht jetzt die faszistische Bewegung in Deutschland als politische Bewegung. Diese politische Bewegung hat zwei hervorstechende Hauptmerkmale, 1. den Antisemitismus und 2. eine stark ausgeprägte antikapitalistisch-demagogische Note.

Die innere Politik der Faszisten wird durch das Schlagwort Hitlers gekennzeichnet: Weg mit den Novemberverbrechern! Das bedeutet also den Kampf gegen die Arbeiterbewegung. In Bayern machen die Faszisten bei der Anwendung dieser Parole nicht vor den Sozialdemokraten Halt. Die Sozialdemokraten, als Geburtshelfer des Faszismus, bekommen hiermit jetzt die Nackenschläge. Die KPD. hatte die Parole aufgestellt: Gegen die Gewalt des Faszismus die Gewalt der Arbeiterschaft, gegen die faszistischen Hundertschaften die proletarischen Hundertschaften!

Die Partei erkannte jedoch rasch, daß die faszistische Bewegung nicht nur eine schmale Bewegung illegaler, militärischer Kampfverbände darstellt, sondern daß sie beginnt, breite Massen zu erfassen. Als die Partei das erkannte, hat sie sofort begonnen, den Kampf gegen den Faszismus auch auf politischem und ideologischem Boden aufzunehmen. Die neueste Phase des Faszismus ist der Kampf um die Betriebe. Gegenüber dieser Strategie propagiert jetzt die Partei die Bildung gemeinsamer Betriebshundertschaften, die das Organ der Einheitsfront im Kampfe gegen den Faszismus in den Betrieben sind und die den Kampf gegen den Faszismus auf ideologischem Boden aufnehmen sollen.

Genosse Frey (Oesterreich): Oesterreich ist ein Schulbeispiel dafür, daß die Wurzeln des Faszismus einerseits in der Auflösung und Zerrüttung des bürgerlichen Staates, andererseits in der Schuld der sozialdemokratischen Politik bestehen. In Oesterreich hatten wir keine Rätediktatur; hier wurde der Faszismus allein durch die sozialdemokratische Politik großgezogen.

Als in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der österreichischen Monarchie auf dem Lande die sogenannten Heimwehren gegründet wurden, wiesen wir bereits auf diese Gefahr hin. Es wäre ein Leichtes gewesen, sie damals zu entwaffnen. Die Sozialdemokratie sabotierte aber fortgesetzt, verhinderte nicht nur die von uns geforderte Bewaffnung des Proletariats, sondern auch die Bildung von Arbeiterwehren.

Die dann geschaffenen Arbeiter-Ordnungswehren sind so organisiert worden, daß sie sich als zuverlässige sozialdemokratische Garde, und zwar auch gegen Kommunisten bewähren soll.

Genosse Serra (Italien): Die faszistische Ideologie ist äußerst summarisch: sie besteht in der Gegenüberstellung des „Nationalen" mit dem „Internationalen". Wir dürfen uns durch den Faszismus aus dem nationalen Leben nicht ausschließen lassen. Wir müssen unseren Internationalismus in einer für alle Arbeiter und für die mit uns sympathisierenden Elemente der unteren Schichten verständlichen Weise als die einzige Lösung der praktischen Probleme des italienischen Lebens darstellen. Unsere illegale Aktion muß an allen Erscheinungen des italienischen Lebens anknüpfen.

Genosse Smezal (Tschechoslowakei): Erst in den allerletzten Wochen machen sich Symptome bemerkbar, daß man versucht, den Faszismus in der Tschechoslowakei ernsthaft zu organisieren. An diesem Auftreten der Bourgeoisie sind vor allem die tschechischen Sozialdemokraten schuld.

Es ist bezeichnend, daß sich die faszistische Bewegung in ihrer ersten Phase der Entwicklung vorläufig noch nicht gegen die Kommunisten als Massenpartei wendet. Dagegen wenden sie sich scharf gegen die Politik Benesch-Masaryk. Es ist möglich, daß die dem Faszismus feindlich gesinnten Elemente des Bürgertums und der Sozialdemokratie uns zum gemeinsamen Vorgehen gegen den Faszismus auffordern. Wir müssen klar aussprechen, daß die Methoden der Opportunisten nicht genügen. Es ist nicht möglich, nur mit parlamentarischen Mitteln die Offensive des Faszismus zu brechen. Man kann ihn nur mit Taten entgegentreten. Es ist notwendig, aus den Arbeitermassen eine Kampffront zu bilden und sie so zu bewaffnen, daß sie eine reale Macht darstellen, die imstande ist, den bewaffneten Angriff der bürgerlichen Reaktion mit Erfolg zum Stillstand zu bringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230704-13/fragment/page=0002

Der Wille der Hamburger Betriebsräte soll gefälscht werden

Der Ruf der Hamburger Betriebsräte in der letzten Betriebsrätevollversammlung nach der Einheitsfront, nach sofortigen Maßnahmen der Gewerkschaften gegen die Teuerung, nach Aufgabe der Arbeitsgemeinschaftspolitik und nach Zusammenfassung aller Lohnkämpfe mobilisiert die Gewerkschaftsbureaukratie zu taktischen Maßnahmen gegen die sich bildende Einheitsfront. Zweimal ist es ihr schon gelungen, die Betriebsrätevollversammlung zu vertagen, eine Entscheidung hinauszuzögern. Die Zeit zwischen den Vollversammlungen nutzt die Gewerkschaftsbureaukratie für sich aus.

In einer besonderen öffentlichen Aufforderung zum Besuch der dritten Versammlung an die VSPD.-Betriebsräte heißt es:

„Man will die Betriebsrätevollversammlung durch Einbringung aller möglichen und unmöglichen Resolutionen benutzen, um kommunistische Parteiziele zu verwirklichen. Diese Resolutionen gilt es abzulehnen; sei daher alle zur Stelle."

Das Treiben der Gewerkschaftsbureaukraten geht noch deutlicher hervor aus einem Rundschreiben des Ortsausschusses des ADGB., in dem es u. a. heißt:

„. . . Die Zusammensetzung der am Montag stattgefundenen Betriebsrätevollversammlung läßt uns an die Gewerkschaftsvorstände die dringendste Aufforderung richten, der nächsten Betriebsrätevollversammlung am 29. Juni unter allen Umständen beizuwohnen. — Wir haben in der letzten Versammlung die bedauerliche Feststellung machen müssen, daß eine ganze Reihe Vorstandsmitglieder fehlten. — Beschlüsse der kommenden Betriebsrätevollversammlung, die nur deshalb einen antigewerkschaftlichen Charakter tragen würden, weil gewerkschaftliche Vorstandsmitglieder bzw. Ortsausschuß-Delegierte fehlten, würden für den Ortsausschuß und seinen Vorstand von weitester Tragweite sein."

Man trommelt die Getreuen aus allen Gewerkschaftsvorständen zusammen, mit deren Hilfe man den Willen der Betriebsräte brechen will. Eine Verschwörung gegen den Willen der Hamburger Betriebe, gegen die Bildung der proletarischen Einheitsfront.

Stinnes verschluckt den Barmer Bankverein. Nach einer Meldung der „Bergwerkszeitung" hat Stinnes die Aktienmehrheit vom Barmer Bankverein erworben. Nachdem er im Vorjahre in die Berliner Handelsgesellschaft eindrang, hat er jetzt von einer der größeren Banken im Westen Besitz ergriffen.

Der Ehrhardt-Prozeß. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat den Termin für den Ehrhardtprozeß endgültig auf den 23. Juli festgesetzt.

Die weiße Justiz in Ungarn. Die Staatsanwaltschaft hat gegen 17 Personen, die vor kurzem von der Polizei eingeliefert worden waren, Anklage wegen einer geplanten Ermordung des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen und wegen anderer politischer, sowie wegen verschiedener geplanter gemeiner Verbrechen erhoben.

Aus der Partei

Erfolge der Werbewoche

Das Ergebnis der Werbewoche liegt noch nicht vor. Das allerdings kann schon gesagt werden: die Zahl der Abonnenten auf die Parteipresse hat stark zugenommen, die Mitgliederbestände sind gestärkt worden und beträchtliche Summen für die „Rote Hilfe" können abgeführt werden. Das gesteckte Ziel, daß jedes Parteimitglied mindestens einen Abonnenten bringen sollte, ist jedoch nicht erreicht worden. Es kann und muß bei späteren Gelegenheiten zu buchen sein, daß die Zahl unserer Abonnenten sich mehr als verdoppelt hat. Erforderlich ist zunächst, daß die Erfahrungen der letzten Werbewoche in allen Bezirken gesammelt, an den Zahlstellen verarbeitet und als Lehren für spätere Werbearbeit in Anweisungen an die kleinsten Parteikörper praktische Bedeutung bekommen.

Bei der letzten Werbewoche war die Arbeit weder planmäßig noch systematisch. In einigen Bezirken wurde gut gearbeitet; in vielen Bezirken war die Werbearbeit nur lasch. In nicht wenigen Bezirken vollständig unzureichend. Der Intensität der aufgewendeten Arbeit entsprechen im allgemeinen die Resultate. Wo die Organisation schlief, da ist von Zunahme nichts zu berichten. Leider werden manche Ortsgruppen auf ihren Nachweisbogen über Erfolge in der Werbewoche nur eine Null oder höchstens eine kleine Ziffer setzen können.

Daß bei rühriger Arbeit Früchte nicht ausbleiben, dafür nur einige Beispiele:

Aus einem kleinen Betrieb in Solingen holten die KPD.-Werber in wenigen Tagen 14 Abonnenten und 7 Parteimitglieder.

Im Unterbezirk Buer (Westfalen) wurden an zwei Tagen für die „Westfälische Arbeiter-Zeitung" 1013 neue Abonnenten gewonnen. In der kleinen Stadt Wesel brachte allein der erste Sonntag 100 neue Abonnenten.

Verschiedene Ortschaften des Bezirks Westsachsen steigerten die Zahl der Abonnenten ihres Parteiorgans durch die Arbeit an drei Tagen um über 100 Prozent.

Die Gruppe D des 1. Bezirks Berlin-Mitte brachte von etwa 150 Parteimitgliedern 35 aktive Werber auf die Beine. Das Ergebnis ihrer Werbearbeit ist folgendes:

156 Abonnenten für die „Rote Fahne", 10 Aufnahmen für die Partei, 190 510 Mark für die „Rote Hilfe" gesammelt.

Solche Erfolge müssen den Eifer der Parteimitglieder anregen. Hier wird die Voraussetzung für eine Massenpartei, für eine proletarische Kampffront geschaffen; von hier aus reifen die Kräfte, die in den revolutionären Kampf hineinführen, die den Sieg der Revolution verbürgen.

Erfolge der Partei in Südhannover

Die allgemeine Aufwärtsbewegung der Kommunistischen Partei macht sich auch in Südhannover bemerkbar, wo bisher der Einfluß der SPD. noch äußerst stark war. In einer Versammlung, die am Mittwoch, dem 27. Juni, in Göttingen stattfand, wurden nach einem Referat des Genossen Schalem über 20 Neuaufnahmen für die Partei und 13 neue Abonnenten für unser Parteiblatt, die „Niedersächsische Arbeiter-Zeitung" geworben. In den letzten zwei Wochen sind in der Umgebung Göttingens, im Kreise Uslar, eine ganze Reihe neuer Ortsgruppen begründet worden. Die meisten dieser Gruppen bestehen aus bisherigen SPD.-Genossen, die geschlossen zur Kommunistischen Partei übergetreten sind.

Vom Tage

Dreißig Tote bei einem rumänischen Bahnunglück. Gestern vormittag stieß bei Buzau in Rumänien der Bukarester Schnellzug auf einen Güterzug. Bisher wurden, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, dreißig Tote und über siebzig Verletzte festgestellt.

Nationalsozialistischer Mord bei Wien. Der 19jährige Conrad Karger wurde, wie uns aus Wien gedrahtet wird, ermordet im Walde bei Weidlingbach aufgefunden. Als Mörder ist sein Altersgenosse Rudolf Novotat verhaftet worden. Es scheint sich um ein politisches Verbrechen zu handeln, denn Novotat erklärte, er habe seinen Freund Karger beseitigt, weil er ihn für einen Verräter der Nationalsozialistischen Partei, der beide junge Leute angehörten, hielt und ihn im Verdacht hatte, auch mit Gegnern radikaler politischer Richtungen in Verbindung zu stehen.

Vier Touristen abgestürzt. Beim Abstieg von der Zugspitze zur Wiener-Neustädter Hütte sind, wie uns aus München gedrahtet wird, am Sonntag unmittelbar unterhalb des Grates Peter Tremel aus München, Hermann Schultz aus Berlin, Andreas Speck aus Hasing bei München und Karl Karcher aus München abgestürzt. Drei der Verunglückten waren sofort tot, der vierte verschied kurz nach seiner Einlieferung in Ehrwald. Ueber die Ursachen und näheren Umstände des furchtbaren Unglücks sind Einzelheiten noch nicht bekannt geworden.

Explosionsunglück bei einem Schützenfest. Auf dem Marktplatz in Weserlingen explodierte, als für den neuen Schützenkönig Böllerschüsse abgegeben wurden, der Mörser. Zwei Personen wurden getötet, vier schwer und vier leicht verletzt. Die Untersuchung der Polizei führte zur Verhaftung des Bergarbeiters Kopschinski, der den Bedienungsmannschaften Munition geliefert hatte, die sonst zum Sprengen in Kalischächten verwendet wird.

Einbruch in das Sterbezimmer Kaiser Wilhelms I. In das Sterbezimmer des alten Kaiserpalais in Berlin wurde ein Einbruch verübt. Die Nachforschungen der Berliner Kriminalpolizei ergaben, daß die Tat seit langer Zeit vorbereitet war, und daß der Täter über die Lage und Einrichtung des Sterbezimmers und der anstoßenden Gemächer genau unterrichtet war. Außer einem mit Perlen besetzten Griff sind noch aus dem kleinen Raum, der sogenannten Kapelle, mehrere Altargeräte gestohlen worden, die bei der Reichung der Sterbekatramente benutzt worden waren. Außerdem fehlen drei Spazierstöcke und ein Bild der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, das in dem Bibliothekzimmer gehangen hatte. — Wären diese alten Klamotten an den meistbietenden deutschnationalen Vogel verkauft worden und das Palais zu Wohnungen umgebaut worden, dann brauchte sich die republikanische Kriminalpolizei nicht mit diesem Tand zu befassen.

Die Bergarbeiter und das Reichsknappschaftsgesetz

II.

Als ein besonderer Vorzug des Reichsknappschaftsgesetzes wird von all seinen Befürwortern das Selbstverwaltungsrecht gepriesen. Wie es damit aussieht, zeigt schon die Tatsache, daß der Vertreter des Grubenkapitals, der deutschnationale Grubendirektor Leopold sich ganz besonders befriedigt über das im Gesetz festgelegte Selbstverwaltungsrecht ausprach, und er hatte wirklich alle Ursache dazu, denn im § 102 des Gesetzes wird festgelegt, daß Vorstand sowie Hauptversammlung je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Versichertenvertretern sich zusammensetzen müssen. Im § 107 wird dann weiter bestimmt, daß der Vorstand seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit zu fassen hat. Praktisch werden die Dinge so werden, daß die Arbeitgeber alle Verbesserungen, die von den Arbeitervertretern beantragt werden, ablehnen werden, und nur dann ihre Zustimmung geben werden, wenn sie ihnen nicht schaden. Also in dem Vorstand oder der Generalversammlung werden die Arbeitervertreter in Zukunft genau so wenig erreichen können, wie das bisher der Fall war. Dringen sie mit einem Antrag nicht durch, so kann nach wiederholter Abstimmung der Reichsarbeitsminister als Entscheidungsinstanz angerufen werden. Wie der dann entscheidet, darüber sind die Bergarbeiter wohl nicht im Zweifel, Beweise genug hat der Arbeitsminister auch in dieser Beziehung schon geliefert.

Die Sozialdemokraten haben nun gemeint, durch Einfügung von zwei weiteren Absätzen in den § 107 den Arbeitervertretern mehr Rechte zukommen zu lassen. Darin wird gesagt, Abs. 2 des § 107: „Eine Mehrheit von zwei Dritteln der dem Vorstand angehörigen Stimmen ist erforderlich bei der Auslegung von Satzungsbestimmungen." Abs. 3: „Eine getrennte Abstimmung in den Gruppen der Arbeitgeber und Versicherten und eine Mehrheit in beiden Gruppen ist erforderlich, 1. bei der Abstimmung über Errichtung besonderer Krankenkassen, 2. bei der Anstellung leitender Beamten."

Diese Bestimmungen sind so nichtssagend, daß die Grubenherren sie leicht schlucken konnten, denn praktisch werden die Grubenherren niemals eine Zweidrittelmehrheit erhalten, sei es, daß die Arbeitervertreter mit ihnen stimmen. Aber auch die Arbeitervertreter werden keine Grubenherren für sich gewinnen, so daß auch sie nie eine Zweidrittelmehrheit erlangen. Im besten Falle könnte nach den Bestimmungen unter 2 in Absatz 3 durch die Arbeitervertreter verhindert werden, daß die Grubenherren leitende Beamte ohne die Zustimmung der Arbeitervertreter in die Verwaltung setzen. Doch wenn auch hier kein Beschluß herbeigeführt wird, so ist die Entscheidung beim Reichsarbeitsminister.

Von einer wirklichen Selbstverwaltung könnte nur die Rede sein, wenn der kommunistische Antrag angenommen worden wäre, der dahin ging, daß Vorstand und Hauptversammlung aus Vertretern von Knappschafts- und Angestelltenältesten zusammenzusetzen sind, auch der sozialdemokratische Redner mußte anerkennen, daß die kommunistischen Anträge berechtigt sind, aber wie immer, sanden die Sozialdemokraten nicht den Mut, dafür einzutreten, obwohl es ihre eigenen, seit Jahrzehnten erhobenen, Forderungen sind. Auch sie verfallen jetzt in das Mäuschen, daß die Grubenherren und die Herrschaften vom Zentrum immer in den Vordergrund schieben, daß, wenn die Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge zahlen, auch die Hälfte der Sitze in den Organen des Knappschaftsvereins haben müssen. In Wirklichkeit zahlen die Grubenherren keinen Pfifferling in die Knappschaftskassen. Das, was sie zahlen, ziehen sie doch den Arbeitern von vornherein vom Lohne ab. Wer die Knappschaftskasse füllt, sind die Arbeiter allein. Sie sind aber auch diejenigen, für die die Knappschaftskassen geschaffen sind. Daher gehört auch ihnen allein die Verwaltung, denn nicht für das Alter und die Gesundheit der Grubenkapitalisten, sondern für die Arbeiter sollen die Knappschaftskassen sorgen.

Ein weiteres Kapitel ist die Aufbringung der Lasten, d. h. der Gelder, die notwendig sind, um die Witwen-, Waisen- und Invalidenpensionen zahlen zu können. In dem Gesetz wird zur Deckung der Grundrente an dem Anwartschaftsdeckungsverfahren festgehalten. Die Teuerungszulagen sollen durch Umlageverfahren aufgebracht werden. — Die meisten Bergarbeiter haben sich bisher kaum Kopfschmerzen darüber gemacht, auf welche Art die Gelder aufgebracht werden, die zur Zahlung der Renten notwendig sind. Aber gerade in der Art der Aufbringung der für die Pensionskasse benötigten Gelder liegt ein ungeheurer Vorteil für die Kapitalisten und eine große Ausbeutung der Notlage der Arbeiterschaft. Das Anwartschaftsdeckungsverfahren verpflichtet die Knappschaftskasse, soviel Beiträge zu erheben, daß alle Ansprüche, die noch in Zukunft entstehen, schon von vornherein durch angesammelte Kapitalien sichergestellt werden. Nach diesem Rezept ist schon bisher in allen Knappschaftsvereinen verfahren worden. Wozu das geführt hat, sei kurz gezeigt.

Der Bochumer Knappschaftsverein hatte vor dem Krieg Gelder aufgehäuft, angeblich um die Renten sicherzustellen. Die Pensionskasse, Abteilung Arbeiter, allein hatte am Schluß des Jahres 1916 ein Vermögen von 27 350 129 Mark. Dies waren vollwertige Goldmark, die nicht in irgendeinem Geldschrank aufbewahrt wurden, sondern von der Knappschaftskasse an die Großindustrie meist zu sehr niedrigem Zinsfuß verliehen waren. Die Großindustrie hat mit diesem Gelde gearbeitet und noch riesige Gewinne gemacht. Nach dem Kriege setzte die Entwertung der Mark ein. Die Großindustrie zahlte die Goldmillionen des Knappschaftsvereins, zahlt sie höchstens in lumpigen Papiermark wieder zurück. Den Bergarbeitern sind die 27 350 129 Mark, die zur Sicherung ihrer Renten aufbewahrt werden sollten, gestohlen. Dies zeigt der Jahresbericht von 1921. Obwohl in den Jahren 1919, 1920 und 1921 durch dauernde Beitragserhöhungen neue Papiermillionen aufgestapelt wurden, hatte die Pensionskasse, Abteilung Arbeiter, am Schlusse 1921 nur ein Vermögen von 361 147 146 Mark. Hätte die Pensionskasse den Wert ihrer 27 350 129 Mark behalten, dann hätte allein diese Summe im Dezember mindestens eine Milliarde und 100 Millionen Papiermark repräsentiert. Die Knappschaftskasse wäre in der Lage gewesen, wenn auch in Papiermark, doch halbwegs dieselben Renten zu zahlen, wie vor dem Kriege. Die 361 Millionen aus dem Jahre 1921 sind den Kapitalisten durch die letzten Markentwertungen aber auch schon längst in den Rachen gefallen. Es zeigt sich hierbei ganz klar, daß die von den Arbeitern in den Pensionskassen aufgestapelten Gelder nicht diesen, sondern den Kapitalisten selbst wieder zugute kommen.

Wir haben nun hier die Summe der Pensionskasse, Abteilung Arbeiter, zum Vergleich genommen. Wenn man alle Kassen des Knappschaftsvereins, Krankenversicherung und Invalidenversicherung dazu nimmt, so sind die Summen, um die die Gesamtheit betrogen worden ist und heute noch betrogen wird, bedeutend größer. Diesem Schwindel hätte abgeholfen werden können, wenn der kommunistische Antrag angenommen worden wäre, nach dem die Beiträge ausschließlich von dem Arbeitgeber durch Umlage zu erheben sind. Doch auch hier gingen die Sozialdemokraten mit den Herren vom Grubenkapital zusammen und lehnten die kommunistischen Anträge ab.

In bezug auf die Krankenkasse hätte vor allen Dingen hineingebracht werden müssen, daß das Krankengeld, wenn nicht den vollen Lohn, so doch einen bestimmten Prozentsatz des Durchschnittslohnes betragen müßte. Statt dessen beläßt es der § 14, Absatz 1, des Gesetzes vollkommen beim alten. Also werden auch in Zukunft die Grubenherren es in der Hand haben, die Krankengelder des Kumpels festzusetzen und für sich riesige Vermögen anzusammeln. Der Geschäftsbericht für 1921 des Bochumer Knappschaftsvereins zeigt auch hier, welcher Schwindel getrieben wurde. An Beiträgen waren in dem Jahre für die Krankenkasse eingegangen von den Arbeitern 160 633 127 Mark. Von den Arbeitgebern 159 988 016 Mk., zusammen 326 621 143 Mk. An Krankengeld wurde aber nur gezahlt 62 373 186 Mk., an Krankenhauspflegekosten 40 349 158 Mk., an Wochenhilfe 16 087 015 Mk. und weiter einige Summen von 1 bis 4 Millionen Mark an Sterbegeld; Heilanstaltspflege und sonstiges. Es verblieb ein Ueberschuß von 128 277 712 Mk. Dies zeigt, daß das Krankengeld, das die kranken Kumpels im Jahre 1921 bezogen haben, dreimal so hoch sein konnte, ohne nur einen Pfennig höheren Beitrag zahlen zu brauchen. Die 123 Millionen hat die Großindustrie durch die Markentwertung verschluckt, anstatt sie den kranken Arbeitern zukommen zu lassen.

Mit diesem Mißstand aufzuräumen, wäre die Aufgabe des Reichstages bei der Verabschiedung des Reichsknappschaftsgesetzes gewesen. Nur wenn der kommunistische Antrag angenommen worden wäre, in dem verlangt wurde, daß 80 Prozent des Durchschnittslohnes der betreffenden Arbeiterkategorie, der der Kranke angehört, als Krankengeld gezahlt wird, hätte der Bergarbeiter eine wirkliche Versicherung gegen Krankheit gehabt.

III.

Im vorigen Artikel haben wir gezeigt, welche Summen aus den Knappschaftskassen, anstatt sie den Bergarbeitern zu geben, in den Rachen der Großindustrie geflossen sind. Heute sei kurz aufgezeigt, wie die Invalidenpensionäre behandelt wurden. Vor dem Kriege betrug der Durchschnittslohn der Bergarbeiter im Monat etwa 155 Mk. Die Rente eines pensionierten Kumpels war nach Erreichung der höchsten Stufe etwa 50 Mk., das waren 37 Prozent des Durchschnittslohnes der Bergarbeiter. Bis zum Jahre 1922 hat sich das Verhältnis wie folgt verschoben. Im September 1922 betrug der Lohn der Bergarbeiter 17 500 Mk., die Rente eines volljährigen Invaliden zirka 1000 Mk. Das waren nur 5 Prozent.

In dem neuen Reichsknappschaftsgesetz wird nun als besondere Errungenschaft gepriesen, daß im § 25 festgelegt ist, daß Invalidenpension und Teuerungszulage nach 25jähriger Dienstzeit mindestens 40 Prozent des Hauerdurchschnittslohnes für die Arbeiterpensionäre und 40 Prozent des Durchschnittsgehalts eines revierführenden Steigers für die Angestellten betragen sollten. Dies ist gar keine Errungenschaft, sondern nur eine Aufhebung des jetzigen unaufhaltbaren Zustandes und eine Wiederherstellung des Verhältnisses, das vor dem Kriege bestanden hat. Und auch dies noch nicht mal in vollem Maße. Betrug doch vor dem Kriege die Rente 37 Prozent des Durchschnittslohnes, so sollen in Zukunft Rente und Teuerungszulage zusammen 40 Prozent betragen. Aber wenn man es auch als eine Verbesserung ansieht, so ist sie doch nur auf Kosten der Angestellten zustande gekommen. Vor dem Kriege hatte der revierführende Steiger ein Monatsgehalt von 250 Mk. Seine Rente betrug nach Erreichung der höchsten Stufe 140 Mk., das waren 55 Prozent. Nach dem neuen Reichsknappschaftsgesetz braucht er aber nur 40 Prozent zu erhalten. Die kommunistische Fraktion hat in dieser Frage auf dem Standpunkt gestanden, daß eine einheitliche Regelung der Pensionen für Arbeiter und Angestellte herbeigeführt werden muß und darum beantragt, den § 26 des Gesetzes wie folgt zu fassen:

„Die Invalidenpension wird nach dem Dienstalter abgestuft. Die Höhe der Invalidenpension wird für Arbeiter und Angestellte einheitlich nach dem Durchschnittsgehalt eines revierführenden Steigers des zuständigen Bezirks berechnet. Die Invalidenpension muß mindestens 50 Prozent, nach fünfundzwanzigjähriger Dienstzeit mindestens 75 Prozent des Durchschnittsgehaltes betragen."

Die Gleichstellung der Bergarbeiterinvaliden mit den Angestellten ist um so mehr berechtigt, als die Bergarbeiter viel mehr und schwierigere körperliche Arbeit verrichten müssen als die Angestellten und darum viel weniger in den Genuß der Vollrente kommen.

Das ganze Gesetz hat den Fehler, daß es die getrennten Arbeiter- und Angestellten-Abteilungen, die bisher vorhanden sind, auch weiter bestehen läßt. Dieses verursacht nur ungemein den Verwaltungsapparat, da durch die getrennte Bearbeitung der Führung der Angestellten-Versicherung ein weit größeres Heer von Knappschaftsangestellten und Beamten sich notwendig macht, was natürlich nur auf Kosten der Versicherten geschehen kann.

Daß die Grubenherren für eine besondere Behandlung der Angestellten sind, ist verständlich. Ihr Bestreben ging immer darauf hinaus, die Angestellten in einem Gegensatz zu den Arbeitern zu bringen. Dieses geschieht nicht nur auf den Werken und Betrieben selbst, sondern auch bei der Behandlung in den Knappschaftspensionskassen. Die Tatsache, daß die Rente eines Arbeiters vor dem Kriege 37 Prozent des Durchschnittslohnes und die eines Angestellten 55 Prozent betrug, zeigt schon die Bevorzugung der Angestellten. Aber nicht nur die Renten der Arbeiterinvaliden und Angestelltenrentner zeigen diese ungleiche Behandlung, sondern in allen Zweigen ist dies der Fall. Der Bericht des Bochumer Knappschaftsvereins für 1921 zeigt, daß ein Durchschnittsjahresbetrag der Pension einer Beamten- oder Angestelltenwitwe 718,85 Mk. betrug, der einer Arbeiterwitwe 322,08 Mk. Bei den Waisengeldern ist dies dasselbe. Bei einer Angestellten- oder Beamtenwaise wurden im Durchschnitt 276,18 Mk. gezahlt, bei einer Arbeiterwaise 90,58 Mk. Welche Behandlung aber schon die arbeitenden Kumpels erfahren, zeigt folgende Gegenüberstellung. Für Unterbringung von Mitgliedern in Bädern und Heilanstalten wurden in der Arbeiter-Abteilung 1921 ausgegeben 11 936,86 Mk. Für denselben Zweck wurden ausgegeben für Beamte und Angestellte 597 915,54 Mark. Dabei ist die Zahl der versicherten Beamten und Angestellten nur 5½ Prozent der Gesamtversicherten.

Mit dieser ungleichmäßigen Behandlung von Arbeitern und Angestellten hätte das Reichsknappschaftsgesetz aufräumen müssen.

Als ein besonderer Köder, mit dem vor allem jetzt die arbeitsgemeinschaftlichen Organisationen hausieren gehen, soll enthalten der § 20 des Gesetzes. In ihm wird bestimmt, daß, wenn der Kumpel 25 Jahre Grubenarbeit verrichtet hat und 50 Jahre alt ist, er auf seinen Antrag ohne ärztliche Untersuchung pensioniert werden kann. Auf dem Papier ist dies ohne Zweifel gegen den jetzigen Zustand eine Verbesserung, aber in der Praxis bedeutet sie gar nichts. Die Statistik zeigt, daß das Durchschnittts-Lebensalter bei der Invalidisierung im Bochumer Knappschaftsverein im Jahre 1921 nur 48,8 Jahre betrug und das Durchschnittsdienstalter 24,3 Jahre. Also, es wird nur sehr wenige Glückliche geben, die in den Genuß des § 20 des Reichsknappschaftsgesetzes kommen. Und diese werden auch nicht Bergarbeiter sein, die von Jugend auf, auf der Grube arbeiten, sondern nur solche Arbeiter, die erst mit 25 Jahren oder später im Bergbau Arbeit aufnehmen. Auch hier hat die kommunistische Fraktion verlangt, durch einen Antrag das Lebensalter von 50 auf 45 Jahre herabzusetzen. Die geschlossene Front von Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten stimmte den Antrag nieder.

Der große Fortschritt auf dem Gebiete der Sozialversicherung, den das Reichsknappschaftsgesetz bedeuten soll, ist ein großer Bluff der Bergarbeitermassen und nichts weiter.

Wollen die Bergarbeiter Fortschritte erzielen, dann müssen sie ihre Organisation zwingen, den Kampf aufzunehmen, da ohne Kampf kein Sieg und kein Fortschritt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230704-13/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Der Stahlhelm rüstet

Auf dem Zigeunerplatz in der Franklebener Flur hatte am Montagabend eine Anzahl Stahlhelmleute eine **militärische Felddienstübung.** Alle Schindereien, mit denen man den Rekruten zu Wilhelms Zeiten plagte, wurden von den Patrioten nachgeahmt: Ausschwärmen, Hinlegen usw. Doch o weh! Einige Naundorfer Arbeiter **wagten** das Gesindel bei diesen Vorbereitungen zum Bürgerkrieg zu stören. In der Richtung Wernsdorf-Zütschdorf zogen sich darauf die Helden zurück.

Gegen wen rüstet das Faszistentum? Von den Unternehmern unterstützt, müssen sie die Interessen der Unternehmer verteidigen. Doch der Feind der Unternehmer ist nicht nur der Franzose. Der Ruhrkrieg ist ein vorübergehender Streit einzelner Personen um den Gewinnanteil aus der beabsichtigten gemeinschaftlichen Ausbeutung der deutsch-französischen Eisen- und Kohlenproduktion. Der gefährlichste Gegner der Kapitalisten ist der Arbeiter, der es wagt, zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse dem Unternehmer die Zähne zu zeigen. Gegen diese Arbeiter schafft sich das Unternehmertum in „Stahlhelm" und „Jungdo" usw. ein schützendes Bollwerk. Nicht gegen die Franzosen, gegen die Arbeiterschaft sind die Rüstungen der reaktionären Verbände gerichtet! Das gilt es zu erkennen! Und danach muß die Arbeiterschaft ihre Maßnahmen treffen. Der „Stahlhelm", die Reaktion rüstet und das Proletariat . . .?

Immer noch

kann der „Klassenkampf" für den Monat Juli bestellt werden. Er kostet frei Haus monatlich 15 500 Mark, welcher Betrag auch ratenweise bezahlt werden kann. Verglichen mit anderen Zeitungen und mit den hohen Papierpreisen, ist dieser Betrag recht minimal zu nennen. So kosten die Zeitungen jetzt u. a.:

„Berliner Tageblatt"	38 000	Mark
„Deutsche Allgemeine Zeitung"	36 000	„
„Deutsche Zeitung"	30 000	„
„Lokal-Anzeiger" (vorläufig)	27 500	„
„Deutsche Tageszeitung"	27 000	„
„Kreuz-Zeitung"	27 000	„
„Vorwärts" (vorläufig)	22 000	„
„Hallische Nachrichten"	15 000	„
„Hallesche Zeitung"	15 000	„

Es ist dabei zu beachten, daß diese Zeitungen stets eine Nachzahlung von ihren Lesern fordern, was beim „Klassenkampf" nicht der Fall ist.

Der „Klassenkampf" mit seiner reichen Ausstattung und den vielseitigen Beilagen wird weit über die Grenzen unsres Bezirks hinaus gelesen und zählt somit zu den gelesensten Zeitungen. Tausende von neuen Lesern sind in den letzten Tagen zu uns gekommen, ein Beweis von der Beliebtheit, deren sich unser Blatt erfreut. Wer also noch nicht abonniert hat, für den ist es nun höchste Zeit!

Zörbig. Landbundrummel. Ein Fest treibt hier das andere. Und wenn am kommenden Sonntag der Landbund, vom Kuhhalter bis zum Rittergutsbesitzer, unter Teilnahme bürgerlicher Vereine aufmarschiert, dann muß es für das Proletariat (Arbeiter, Angestellte und Beamte, vor allem aber die Landarbeiterschaft) heißen: Hände weg von derartigen Veranstaltungen. Haltet Eure Kinder davon fern, denn eine Beteiligung daran bedeutet einen Schritt weiter in das Elend, in dem wir uns befinden. Wenn auch die Herren Agrarier mit allerlei guten Versprechungen kommen, um Euch dadurch zu einer Beteiligung anzuhalten, weist sie energisch zurück. So will z. B. ein Gutsbesitzer den sich daran beteiligenden Frauen eine Bluse kaufen, ein anderer will ein Rind schlachten, um jedem einen Festbraten verabreichen zu können usw. Ferner sollen alle beteiligten Männer Zigarren und Biermarken, die Frauen Kaffee und Kuchen erhalten. Landarbeiter und Landarbeiterinnen, denkt an Eure wirtschaftliche Lage, an Eure Behandlung und Entlohnung seitens Eurer Arbeitgeber. Für einen Hundelohn müßt Ihr täglich länger als 8 Stunden schuften, und nun sollt Ihr am Sonntag durch Eure Beteiligung den Rummel auch noch verschönern helfen. Weist die Beteiligung energisch zurück und wahrt dadurch Eure Interessen. Organisiert Euch geschlossen im DLV. Tretet ein in die Kommunistische Partei, denn nur sie allein vertritt die Interessen der gesamten Arbeiterschaft, bestellt sofort den „Klassenkampf", der Euch die Wahrheit über die politische Lage und die weiteren Vorgänge im Reiche berichtet. Denkt an die heute, Mittwoch, abend stattfindende öffentliche Versammlung, in der Genosse Preßler (Halle) über „Die faszistische Gefahr und die Stellung zum Landbundfest" sprechen wird. Denkt an die Vorgänge, die sich in letzter Zeit von seiten der Faszisten zugetragen haben, vor allem an Eisleben! Arbeiter, Angestellte und Beamte, wollt Ihr Aufklärung über obiges Thema haben, dann erscheint geschlossen zu dieser wichtigen Versammlung.

Bitterfeld

Metallarbeiter des Industriebezirks Bitterfeld!

Erscheint heute

nachmittag 5½ Uhr vollzählig in der

:: Generalversammlung im Bürgergarten ::

Zörbig. Fleischvergiftungen. Nach dem Genuß von Pferdefleisch erkrankten hier am Sonntag und Montag mehrere Familien, so daß bei einigen Erkrankten ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Also Vorsicht beim Genuß von Pferdefleisch!

Bitterfeld. Sitzung sämtlicher Gewerkschafts- und Betriebsfraktionen am Donnerstag, dem 5. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Lokal „Fürst Bismarck". Referent ist anwesend. Alle Parteigenossen sind verpflichtet, zu erscheinen.

Greppin. Aus der Partei. Am Mittwoch findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht!

Raguhn. Eine große öffentliche Versammlung findet am Donnerstag, dem 5. Juli, abends 7½ Uhr, im „Goldenen Stern" statt. Thema: „Die Verelendung der Bevölkerung — welche Partei vertritt die Interessen der Arbeitnehmerschaft." Referent: Genosse Heinze (Berlin), Mitglied des 15er-Ausschusses. Sorgt für Massenbesuch!

Aus der Jugendbewegung

An alle Ortsgruppen der Jugend!

Infolge der raschen Geldentwertung, der hohen Fahrgeld- und Portokosten usw. sind wir gezwungen, die Pflichtbeiträge erneut zu erhöhen, und zwar ab 1. 7. für Genossen über 18 Jahre auf 250 Mk., unter 18 Jahren 100 Mk., Arbeitslose 50 Mk. Die meisten Gruppen haben das Monatsprogramm für Juli noch nicht an die Bezirksleitung eingesandt. Dies muß sofort geschehen! Sofort Abrechnungen und Berichte für Monat Juni an die Unterbezirksleitung einsenden.

Folgende Gruppen haben bis heute noch nicht für Monat Mai abgerechnet: (Saalkreis) Lettin und Halle. Alle Gruppen des Unterbezirks Bitterfeld-Delitzsch. Wir fordern diese Gruppen auf, sofort ihre Pflicht zu erfüllen. **Die Bezirksleitung.**

An alle Gruppen der KJ. in den Unterbezirken Saalkreis, Mansfeld und Sangerhausen

Am Sonntag, dem 8. Juli, findet in Eisleben eine **Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre** für die obengenannten Unterbezirke statt.

Tagesordnung:

1. Die Situation in den Gewerkschaften.
2. Unsere Arbeit in Gewerkschaft, Betrieb und Schule.
3. Verschiedenes.

In dieser Konferenz müssen alle Ressortleiter für den wirtschaftlichen Kampf, sowie alle in den Gewerkschaften tätigen Genossen teilnehmen.

Die Bezirksleitung.

Bitterfeld. Das Jugendkartell gescheitert! Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen besonders ausgebeutet werden, indem sie erstens einmal einen Hundelohn bekommen, der nicht für das trockene Brot ausreicht, viel weniger noch für andere Bedarfsgegenstände; und zweitens gibt es für Jugendliche sehr oft gar keinen achtstündigen Arbeitstag, ja, es kommt sogar recht oft vor, daß Lehrlinge auch Sonntags bis in den Nachmittag hinein arbeiten müssen. Hinzu kommen noch die Schläge, die außergewerblichen Arbeiten für Lehrlinge usw. Auch Bitterfeld bildet in der Lehrlingsausbildung keine Ausnahme. Um nun gegen Uebergriffe der Unternehmer eine gemeinsame Front der Jugendlichen herzustellen, wandte sich die Kommunistische Jugend an die Sozialistische Arbeiterjugend und an die „Naturfreunde" mit dem Ersuchen, ein proletarisches Jugendkartell zu bilden, das die Aufgabe hat, recht viel Jugendliche um sich zu sammeln und zu kämpfen gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit bzw. für den Sechsstunden-Arbeitstag, für Verlegung der Schulzeit in die Arbeitszeit, Freistellung sämtlicher Lehrmittel, Erholungsurlaub von vier Wochen im Jahr, sofortige Erhöhung aller Löhne der Jugendlichen, insbesondere der Lehrlinge, für alle arbeitslosen Jugendlichen ausreichende Unterstützung, Beseitigung der privaten Lehrverträge, Regelung der Ausbildung und des Jugendschutzes durch gewerkschaftliche Tarifverträge, Kontrolle der Arbeitsstätten durch die Gewerkschaften. Im Interesse der ausgebeuteten Jungproleten wäre es unbedingt notwendig gewesen, daß die Sozialistische Arbeiterjugend und der Touristenverein „Die Naturfreunde" mit der Kommunistischen Jugend gemeinsam für diese wirtschaftlichen Forderungen kämpften. Aber weit gefehlt. Die Sozialistische Arbeiterjugend, die im Jahre 1920 mit der bürgerlichen Jugend bis hinauf zu den Mackensen-Schülern und dem vaterländischen Jugendbund in den sogenannten Jugendring zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort, Schrift und Bild getreten ist, weigert sich, mit der KJ. gemeinsam für die Interessen des Jungproletariats zu kämpfen. Und warum? Der Vertreter der SAJ., Lebbin jun., erklärte, daß sie mit der KJ. keine gemeinsame Sache machen könnten, weil unsererseits immer Flugblätter, Zeitungen und dergleichen vertrieben werden, in denen die SAJ. scharf bekämpft würde, und — in Berlin sei ein SAJ.-Mitglied von einem Jugendgenossen von uns verprügelt worden! Nur um sich von dem Kampf drücken zu können, gab man diese lächerliche Erklärung. Als Motto zu dieser Sabotage könnte man vielleicht schreiben: „Wie die Alten sungen, so zwitschern auch die Jungen." Und die sogenannten Arbeiter-Wanderer, die „Naturfreunde"? Sie erklärten diese Forderungen einfach für „undurchführbar". Da nun ferner der Touristenverein eine neutrale Vereinigung ist — in ihren Statuten steht allerdings das gerade Gegenteil —, könnten sie nicht mit an dem Kampf gegen Ausbeutung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter teilnehmen. Aber sie erklärten sich einverstanden, mit in ein Jugendkartell einzutreten, das sich zur Aufgabe macht, Jugendheime und Herbergen zu beschaffen, ferner Fahrpreisermäßigung zu verlangen und Bildungsarbeit zu leisten. — Das schreiende Elend der arbeitenden Jugend ist ihnen anscheinend gar nicht so wichtig. Wichtiger ist nach ihrer Ansicht, die Jugend wissenschaftlich zu schulen und „Anstand" beizubringen. Aus diesen Gründen scheiterte in Bitterfeld das Jugendkartell. Dies wird aber die KJ. nicht abhalten, noch schärfer wie bisher gegen die Ausbeuter der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, Dienstboten und Lehrlinge anzukämpfen. Dazu bedürfen wir aber der Hilfe aller Jugendlichen. Als erste Aufgabe gilt es jetzt, Material zu sammeln über krasse Lehrlingsschinderei sowie über alle anderen Mißstände, von denen die jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter betroffen werden. Dieses Material ist abzugeben bei dem Jugendgenossen Willi Pönicke, Bitterfeld, Neuestraße 44, oder in den Gruppenabenden, die jeden Sonnabend ½8 Uhr im Restaurant „Bürgergarten" stattfinden. Lehrlinge, Dienstboten, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, helft Euch selbst, indem Ihr uns Material über Eure Leiden zustellt.

Der § 5 des Statuts der Produktiv-Genossenschaft ist laut Beschluß der Generalversammlung vom 30. März 1923 geändert. Ein voller Anteil beträgt nunmehr **1000 Mark.** Mitglieder, die nach dieser Aenderung in vorstehender Höhe noch keinen Anteil besitzen, werden hierdurch gebeten, den restlichen Betrag baldigst einzuzahlen.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1472. — Postscheckkonto Leipzig 107001 Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Funktionäre, Betriebsräte und Vertrauensleute. Heute, Mittwoch, nach Arbeitsschluß, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Material abholen.**

Allgemeine Distriktsversammlungen. Donnerstag, 5. Juli.

Distrikt 12. 1 und 2 eine Stunde früher bei Thate, Berliner Straße.

Distrikt 14. Donnerstag, 5. Juli, abends 8 Uhr bei Köppchen, Unterberg: **Versammlung.** Hundert- und Zehnerschaftsführer müssen unbedingt erscheinen

Halle-Saalkreis

Büschdorf-Reideburg. Donnerstag, 5. Juli, abends 7¼ Uhr, im „Gasthof zur Linde": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, 5. Juli, abends 5 Uhr, im „Fürst Bismarck": **Sitzung sämtlicher Gewerkschafts- und Betriebsfraktionen.** Referent ist anwesend.

Mansfelder Seekreis

Eisleben. Freitag, 6. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus": **Oeffentliche Versammlung.** Referent Genosse Sachse.

Mansfelder Gebirgskreis

Großörner. Freitag, 6. Juli, im Gasthof zu den „Drei Linden": **Oeffentliche Versammlung.** Referent Genosse König (Weißenfels).

Kreis Merseburg

Schkeuditz. Freitag, 6. Juli, abends 8 Uhr, im „Lindenhof": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Zeitz

Zeitz. Donnerstag, 5. Juli, beim Genossen Schröter: **Kreisleitungssitzung.**

Kreis Sangerhausen

Ustrungen. Donnerstag, 5. Juli, 8 Uhr, in der „Schenke": **Mitgliederversammlung.**

Alle Literaturobmänner

der Ortsgruppen müssen in jeder Parteiveranstaltung unsere Literatur **auslegen** und den Besuchern anbieten.

Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, tun dies unbedingt in der nächsten Mitgliederversammlung.

Genossen, werbt und wirkt für unsere Bezirks-Buchhandlung, die stets ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen und schöngeistigen Schriften unterhält. Auch können Schreibwaren aller Art von uns bezogen werden.

Hohe Preise erzielen Sie stets bei

Jeder soll's wissen!

daß wir tonangebende

Preise für Rohprodukte

zahlen, wie folgt:

Altpapier (unratfrei)	p. Kilo Mk.	620
Bücher	„ „ „	750
Zeitungen	„ „ „	850
Sackzeug	„ „ „	600
Neutuch	„ „ „	6000
Knochen	„ „ „	400
Weinflaschen	„ Stück „	400
Woll. Strumpfabfälle	„ Kilo „	12000

Lumpen, unratfrei ohne Wolle per Kilo Mk. 2000, mit Wolle p. Kilo bis Mk. 2500

Alteisen — Altmetalle

Achtung! **Spezial-Fell-Ankauf!** Achtung!

Ziegenfelle groß, fehlerfrei 130000 | Hamsterfelle groß, fehlerfrei 42000

Zickelfelle „ „ 45000 | Maulwürfe nach Qualität 5—8000

Kaninfelle je nach Qualität 5000, 12000, 20000, 32000

Schafwolle per Kilo . . . Mk. 63000

Rohprodukten-Einkaufs-Zentrale

Inhaber: Albin und Anna Schondorf,

Hauptgeschäft: Freiimfelder Straße 82-83. Filiale 1: Trothaer Straße 73.

3303 Filiale 2: Lauchstädter Straße 20 (Inhaber: Albert Friedrich).

Fernrufe 9063 und 3954.

Fellhändler, Züchter, Sammler wollen sich Offerten einholen in d. Filialen Lauchstädter Str. 20 u. Trothaer Str. 73.

Für fachmännische, kulante Bedienung wird garantiert.

Beim Verkauf von Metall Ausweis Bedingung

Schondorfs Schondorfs

Stadt-Theater. Donnerstag, abends 7 Uhr: **Siegfried.** Freitag: Eine Nacht in Venedig. 3298

Walhalla-Lichtsp.-Theater. Gastspiel der Leipziger Seidel-Sänger. 3302 Täglich: 4.30 u. 7.50

An unsere Inserenten! Der jeweilige Preis der für die Berechnung der **Anzeigen** in Frage kommt, ist am Kopf unserer Zeitung angegeben. Eine besondere Benachrichtigung erfolgt nicht. Verlag Klassenkampf.

Geschlechtsleiden! Zahlreiche Erfolge b. Harnröhrenleiden (frisch u. veraltet), Weißfluß, Syphilis, Mannesschwäche. Keine Berufsstörung. Alles diskret. Leiden kurz angeb. Aufklär. Broschüre M 50,00, Porto extra. Dr. med. H. Schmidt, Spezialinstitut, G. m. b. H. Berlin NW 88, Rathenower Straße 73. Sprechst. 10—1, 4—7. *204

Säcke (auch zerrissene) kauft jed. Posten Fr. Halle, Gr. Steinstr. 13 Eing. Mittelstr.

Schokoladen Zuckerwaren usw. 207 kaufen Wiederverkäufer a. billigsten b. Willy Voigt, vormals Bachran & Co. Markt 6, gegenüber Börse.

„Salzgraf" Panzerchromhülle Jungmann-Bälle Fußballstiefel 205 Große Auswahl! F. Oswald Berger Gr. Ulrichstraße 40 (Eing. Kaulenberg).

3299 Ei, wie fein, Ronne, Fleischerstr. 40, Laden kauft alte Garderobe ein. Möbel auch, na, da stimmts, Da haben wir wenigst. wied. Bims.

Alle Parteischriften empfehl. die Volksbuchhandlungen

Ich muß verkaufen um Barmittel für Abnahme eines großen Abschlusses zu schaffen. Jedermann erhält deswegen ausnahmsweise nur diese Woche: Mittwoch bis einschl. Sonnabend 9—6 Uhr im Hotel „Weltkugel", Halle, Delitzscher Str., auf die festgesetzten Preise für 3300 Anzug-, Damen-Kostüm- u. Winter-Ulster-Stoffe bei Barzahlung einen Sonderrabatt von 10%. Bekannt gute Qualitäten, reiche Auswahl. Beste Gelegenheit, um Kapital vor Entwertung zu schützen, da Preise weiter steigen. Staats- und Kommunalbeamten und Lohnempfängern nötigenfalls Zahlungserleichterungen. Julius Davidsohn, Berlin, Lieferant zahlreicher Staatsbehörden und Industrie-Unternehmungen.

Gold-, Silber-, Platinbruch 206 kauft ständig zu reellen Tagespr. Emil Poenitsch jr., Marktplatz 13 Ecke Talamtstr.

208 **Sommersprossen** beseitige unter Garantie innerh. 5 Tagen. Ferner Leberflecke, Warzen, Grießkörner u. sonstige Schönheitsfehler. Tel. 5562) J. Ehlers-Rabe, Magdeburg, Wilhelmstr. 13. (Gegr. 1905. Filiale Halle a. S., Mittel-Ev. Vereinshaus jeden Sonnabend 10-7. str. 14 I.

Suche zu kaufen: guterhaltene Herren-Garderoben, Schuhwerk, Wäsche usw. 3296 Hofmann, LeipzigerStr. 27, am Turm, Fernr. 4358.

Kanonenofen, gebr., verk. 3304 Schredenberg, Torstr. 56

Gestohlen wurden am 29. Juni von meinem Personenauto vor dem Restaurant „Zur Sonne" in Nietleben 2 Stück Gummi-Gleitschutzdecken Marke Deka Gräp 880×135 Nr. 8917 und 8897, 2 Stück Contischläuche 880×135 Nr. 765 346 und 765 330. Vor Ankauf wird gewarnt. Hohe Belohnung demjenigen, der nutzdienliche Angaben zur Ergreifung des Täters macht. 3297 Friedrich Reckmann, Halle a. d. S.

Gebt für die „Rote Hilfe"

Wittenberg.

Nachruf.

Vor einigen Tagen verschied durch Krankheit unser Kollege

Johann Specht.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Kollegen der Sprengstoffwerke Reinsdorf. 655 Kesselhaus 1, 2 und 3.

Nationalkassen neu u. gebraucht, mit Fabrikgarantie und 3301 hoher Rabatt. Alleinvertreter B. H. Zimmer, Fernspr. 3124. Alte Promenade 33 an d. Hauptpost. Rückkauf und Umtausch.

Restaurant Produktiv-Genossensch. Halle a. S., Lerchenfeldstr. 14 empfiehlt seinen kräftigen Mittag- u. Abendtisch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230704-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 4. Juli 1923.

An alle Ortsgruppenvorsitzenden des Bezirks!

Vor einigen Tagen gingen Euch das Rundschreiben Nr. 7 sowie Beitragsmarken für Juli und der organisatorische Monatsfragebogen für Juni zu. Wir ersuchen Euch, die Fragebogen ausgefüllt sofort an die Bezirksleitung einzusenden, und zwar bis spätestens 6. Juli. Die Ortsgruppen, die nicht in den Besitz der Sendung gelangt sind, wollen uns dies umgehend melden.

Bezirksleitung der KPD., Halle-Merseburg
W. Sachse.

Hakenkreuz und Sowjetstern

Wir haben es vorausgesehen, daß die Rede des Genossen Radek den sozialdemokratischen Führern Veranlassung geben würde, über die Kommunisten herzufallen, um die Kommunistische Partei bei den Arbeitermassen zu diskreditieren. Im hallischen „Volksblättchen" hatte bereits am Sonnabend der Lügen-Kasparek ein „Bündnis zwischen Hakenkreuz u. Sowjetstern konstruiert. Wir haben am Montag auf das Geschrei des Lügen-Kasparek Bezug genommen und eine genügend klare und deutliche Antwort gegeben. In der gestrigen Ausgabe geht das „Volksblättchen" auf unsere Erwiderung ein und wehrt sich in der folgenden Tonart: Agenten der bolschewistischen Außenpolitik, fuchsschlaue Heuchler, im Moskauer Solde stehende Blättchen, politische Glücksritter, hallischen Radek-Blatt, ihre Meute in Leipzig usw., usw.

Dieses geistlose Geschimpfe ist die „Antwort" der „Politiker" im „Volksblättchen" auf unsere sachlichen Feststellungen, nämlich: daß wir nach wie vor den deutschen Faszismus mit allen Mitteln bekämpfen werden, und zwar nicht nur mit leeren Drohungen, wie die Reformisten und pazifistischen Sozialpatrioten, sondern neben dem politischen und ideologischen Kampf auch mit der Faust, wenn es nötig ist. Wir glauben, durch die Tat schon bewiesen zu haben, daß wir auch das letztere Mittel anzuwenden wissen.

Das „Volksblättchen" macht also aus unserem Kampf gegen den Faszismus noch einmal ein „Bündnis zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern, das ein Posten in der Rechnung der bolschewistischen Außenpolitik sein soll."

Wir glauben, daß die Arbeiter unseren Kampf auch um die Seele der faszistischen Massen richtig verstehen. Die Arbeiter werden unter einem freien Wort an den Gegner nicht ein Kompromiß verstehen, wie die sozialdemokratischen Führer, die durch ihre bisherige Kompromißpolitik mit den Feinden der Arbeiterschaft den Faszismus erst zu einer großen sozialen Bewegung gemacht haben. Die Arbeiterschaft hat vielmehr die Aufgabe, all die Schäden der sozialdemokratischen Kompromißpolitik zu beseitigen und die faszistische Bewegung dadurch zu zerstören, daß sie den enttäuschten Massen den Weg zeigt, der aus Elend und Sklaverei führt. Sie muß ihnen aber sagen, daß der Weg, den sie einschlagen, „ein Weg ins Nichts" ist. Wenn die Arbeiterschaft den Kampf so führt, politisch und ideologisch, so sind wir um den Erfolg nicht bange. Dieser Kampf bedeutet zugleich eine große Schwächung der Reaktion und ist im Augenblick die beste Bekämpfung des Faszismus.

Wir fassen daher noch einmal zusammen und betonen, daß wir als Anhänger des historischen Materialismus in erster Linie die Wurzeln der faszistischen Bewegung aufzudecken haben, um den Faszismus wirksam bekämpfen zu können. Diese Wurzeln liegen in der [illegible]überwindlichen Krise der kapitalistischen Gesellschaft, in dem Bankrott des Parlamentarismus, in der Unfähigkeit der Koalitionsregierung, die ungeheure Not der Massen zu lindern und in der Untätigkeit der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer gegenüber der Verelendung proletarischer und halbproletarischer Schichten.

Wir werden daher den Kampf führen müssen, um die Ursachen des Faszismus zu beseitigen. Dieser Kampf, sowohl gegen Hunger und Elend, wie gegen die Versklavung durch die imperialistischen Mächte ist aber unmöglich ohne die Befreiung des deutschen Proletariats. **Wie die deutsche Arbeiterschaft nicht feige dem Kampf gegen den deutschen Kapitalismus ausweichen wird, so wird die siegreiche Arbeiterschaft nicht feige, erbärmlich und ehrlos ausweichen dem Kampf gegen die imperialistischen Bedrücker.**

Nicht im Bündnis mit den Faszisten, sondern nach Ueberwindung des Faszismus im ideologischen Kampf und im physischen Kampf wird das siegreiche deutsche Proletariat den Imperialismus der Westmächte in seine Schranken zurückweisen.

Die gesamte Arbeiterschaft muß sich jetzt in einer einheitlichen Front zusammenschließen und den Kampf organisieren. Es ist darum durchaus folgerichtig, wenn wir während der Vorbereitung zu diesem Kampf die Front des Gegners zu schwächen versuchen, indem wir seine besten Kräfte, die verzweifelt nach einem Ausweg suchen, auf die Seite des Proletariats hinüberziehen. Das Geschrei der Reformisten kann uns diese Aufgabe erschweren, aber es kann sie nicht verhindern.

Der Plättner-Prozeß kommt vor den Staatsgerichtshof

7. Verhandlungstag

Fast jeder Tag des Plättner-Prozesses brachte den Lüsternen ein Sensatiönchen. Auch die Verhandlung am Dienstag. Der Vorsitzende hatte einen „liebenswürdigen" Brief mit noch liebenswürdigerem Inhalt empfangen. Dieser anonyme Brief, der inhaltlich eine Drohung gegen das Gericht enthielt, wurde vom Vorsitzenden verlesen. Nach diesem „Ereignis" begann Rechtsanwalt Hegewisch mit seinem Begründungsreferat zu dem Ueberweisungsantrag.

An Hand der reichsgerichtlichen Akten, gestützt auf das „Gesetz zum Schutze der Republik" wies der Verteidiger in seiner 2½stündigen Rede nach, daß der Prozeß vor den Staatsgerichtshof gehört. Man darf sagen, in der glänzend angelegten Rede des Genossen Hegewisch war das ganze Material für die Unzuständigkeit des Schwurgerichts so durchschlagend, daß selbst der Staatsanwalt die Ueberweisung des Prozesses an den Staatsgerichtshof beantragte. Das Gericht unterstellte als wahr, daß die Gruppe Plättner eine Organisation mit staatsfeindlichen Bestrebungen darstelle. Und so gab es praktisch keine andere Möglichkeit, als sich für unzuständig zu erklären. Der Staatsanwalt erklärte, daß erst der Verlauf der Schwurgerichtsverhandlung ihn bestimmt habe, der Ueberweisung an den Staatsgerichtshof zuzustimmen. Er betonte weiter, daß die Anklage erst im Juli 1922, also erst nach Schaffung des Gesetzes zum Schutze der Republik erhoben worden sei. In Wirklichkeit aber hätte der Prozeß längst an den Staatsgerichtshof verwiesen werden können, da der Beschluß auf Festsetzung der Verhandlung vor dem hallischen Schwurgericht datiert ist vom 6. Juni 1923.

Rechtsanwalt Nemann, der Verteidiger des Angeklagten Lewandowski, schloß sich den Ausführungen Hegewisch' an und betonte nochmals, daß es bei Berücksichtigung der Person des leicht zu beeinflussenden Angeklagten erklärlich sei, wie die oft unklaren Ausführungen Lewandowskis in der Voruntersuchung zustande gekommen sind.

Rechtsanwalt Fackenheim, der den Angeklagten Adolf vertrat, konnte natürlich nicht für die Ueberweisung an den Staatsgerichtshof plaidieren, da ja der Angeklagte Adolf lediglich als Kraftwagenführer seine berufliche Tätigkeit ausgeübt habe und für ihn politische Momente nicht in Frage kommen. Nach Lage der Sache stimmte er aber der Ueberweisung zu, da gegen Adolf absolut nichts Strafbares vorliege. Hinsichtlich der Angeklagten Martha Ebert entschied sich das Gericht ebenfalls für die Ueberweisung nach Leipzig, da ihre Handlungen im Zusammenhang mit den Taten der Gruppe stehen.

So kam dann, nach achttägiger unnützer Arbeit, das Gericht zu dem Beschluß, seine Unzuständigkeit zu erklären und die Gruppe Plättner dem Staatsgerichtshof zu überweisen.

Der Kampf gegen die Verelendung

Eine starkbesuchte Belegschaftsversammlung der Hüttenwerke Trotha beschäftigte sich am Dienstag mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft und nahm folgende Entschließung einstimmig an:

„Die am 3. Juli 1923 stattgefundene gutbesuchte Belegschaftsversammlung der Hüttenwerke Trotha nahm Stellung zu den letzten Lohnverhandlungen in der Metallindustrie. Sie erachtet die vom 18. bis 30. Juni bewilligte Teuerungszulage als vollkommen unzureichend. Die Belegschaft fordert auf Grund der ungeheuren Teuerung und der damit verbundenen Verelendung der Arbeiter die **sofortige Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe** in Höhe von 300 000 Mark für Verheiratete und von 200 000 Mark für Ledige. Die Belegschaft fordert von den maßgebenden Gewerkschaften die schnellste Durchführung dieser Forderung. Bei einer eventuellen Ablehnung fordert die Belegschaft sämtliche Werke der Metallindustrie auf, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln für diese Forderung einzutreten und dieselben zur Durchführung zu bringen. Ferner fordert die Belegschaft den Metallarbeiterverband auf, die jetzigen Löhne dem Friedensreallohn anzupassen."

Die Belegschaften der Baustellen zu Halle und Diemitz der Firma Heilmann & Sittmann, Berlin, Filiale Halle, erklären sich mit den Beschlüssen der Belegschaft der Baufirma Karl Lingesleben, Halle, die in der Mittwoch-Nummer des „Klassenkampf" unter der Ueberschrift „Macht Euch zum Kampfe bereit!" abgedruckt waren, voll und ganz einverstanden. Es ist allen zur Pflicht gemacht worden, der obigen Erklärung Rechnung zu tragen, um die Beschlüsse auch zur Durchführung zu bringen.

Gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik

Die Zahlstelle Halle der Lithographen und Steindrucker beschäftigte sich am Freitag in einer Mitgliederversammlung mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik und nahm nach einer sehr lebhaften Aussprache folgende Entschließung einstimmig an:

Die am 29. Juni tagende Mitgliederversammlung protestiert auf das schärfste gegen die Mißachtung statutarisch festgelegter Rechte durch ihren Verbandsvorstand und Beirat. Sie erblickt darin einen weiteren Verrat, da die gesamte Arbeiterschaft etappenweise von ihren Führern in das kaudinische Joch der Versklavung und Ausbeutung hinabgedrückt werden soll.

Die hallischen Mitglieder fordern vom Verbandsvorstand: Vornahme einer Urabstimmung über die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages, da die Notwendigkeit vorliegt, **endgültig mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik zu brechen.** Die Versammelten stehen auf dem Standpunkt, daß dem Verbandsvorstand durch Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses die Gelegenheit gegeben war, bei dem Tarifabschluß aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten und im ADGB. dahingehend zu wirken.

Endlich fordert die Versammlung: **Bruch mit der Koalitionspolitik,** keine Unterstützung der Cuno-Regierung. Unterstützung der Zeigner-Regierung in Sachsen und eine **Arbeiter-Regierung im Reiche.**

Die Versammlung wendet sich mit dem Appell an die Kollegen im ganzen Reich, sich diesen Forderungen anzuschließen und den Verbandsvorstand auf Grund des Statuts aufzufordern, eine Urabstimmung zur Einberufung eines Verbandstages vorzunehmen."

Unsere Trägerinnen kassieren

in diesen Tagen den „Klassenkampf"-Abonnementsbetrag für Monat Juli ein. Für die erste Monatshälfte beträgt er 10 000 Mk.; für die zweite Monatshälfte 5 500 Mk. Wer neben dem „Klassenkampf" noch die Wochenzeitung „Das Wort" erhält, bei dem erhöht sich die Summe um 1500 Mk. und sind für die zweite Hälfte dann 7000 Mk. zu entrichten. Wir bitten, davon Kenntnis zu nehmen, daß die Beträge gleich nach dem 1. Juli respektiv 15. Juli zu zahlen sind. Die enormen Zahlungsverpflichtungen bedingen diesen Termin der Kassierung respektiv Abrechnung. Erleichtert unseren Trägerinnen die Arbeit. Verlag Klassenkampf.

Hebammen und Wöchnerinnen

Bei Inanspruchnahme der Hebammen erleiden Wöchnerinnen häufig dadurch Nachteile, daß die Hebammen auf einen „Tarif" oder eine „Taxe" verweisen, welche jedoch mit der vom Regierungspräsidenten aufgestellten Gebührenordnung nichts gemein hat. Der „Tarif" der Hebammen ist ganz einseitig von den Hebammen aufgestellt worden und es ist ganz ausgeschlossen, daß die amtliche Gebührenordnung diese Privatsätze übernimmt. Es ist der Wöchnerin dringend anzuraten, daß sie bei Inanspruchnahme der Hebamme auf ihre Anspruchsberechtigung nach den Vorschriften der reichsgesetzlichen Wochenhilfe und Wochenfürsorge Bezug nimmt eventuell entsprechenden schriftlichen Nachweis führt. Tut sie das, so ist sie berechtigt, nicht mehr wie die Mindestgebühr zu bezahlen. Unterläßt die Wöchnerin obige Bezugnahme auf ihre Anspruchsberechtigung, so ist die Hebamme zwar an die amtliche Gebührenordnung, aber nicht an deren Mindestsätze gebunden. Es ist grundverkehrt, irgendwelche Forderungen der Hebamme anzuerkennen oder gar zu bezahlen, die mit der amtlichen Gebührenordnung im Widerspruch stehen.

In diesem Zusammenhange sei darauf hingewiesen, daß Hebammendienste, die auf ärztliche Anordnung (z. B. bei operativen Fehlgeburten) erfolgen, als niedere ärztliche Leistungen anzusehen und von demjenigen Arzte zu bezahlen sind, der die Herbeiziehung der Hebamme zur Assistenz verlangt hat. Bei Krankenkassenmitgliedern dürfte der Kassenarzt in einem solchen Falle mit Vorlage des Krankenscheins als abgefunden gelten.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Betriebsräte der Industrie Baugewerbe. Am Freitag, dem 6. Juli, abends 7 Uhr, findet im „Volkspark" eine Versammlung sämtlicher Betriebsräte des Baugewerbes und aller Bau- und Platzdelegierten statt. Tagesordnung: „Die Aufgaben der Betriebsräte im Baugewerbe."

* **Alle Teilnehmer am Eisleber Gewerkschaftsfest, die beim Ueberfall des „Stahlheims" verletzt wurden, melden sich heute nachmittag von 5 bis 7 Uhr im Ortsbureau der KPD., Lerchenfeldstraße Nr. 14.**

* **Für den Kampffonds der KPD.** (Gemeindewahlfonds) haben dieser Tage die Angestellten und Stenotypistinnen der Bezirksleitung und der Produktiv-Genossenschaft sowie die Redaktion des „Klassenkampf" 594 438 Mark gesammelt. Genossen, sammelt überall eifrig für unseren Kampffonds!

* **Ein 20-Mark-Stück 550 000 Mk.** Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 2. Juli d. J. an bis auf weiteres zum Preise von 550 000 Mk. für ein Zwanzigmarkstück, 275 000 Mk. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 11 000fachen Betrage des Nennwertes.

* Sommersonderzüge. Am 9. Juli verkehrt ein Verstärkungssonderzug Berlin—München, zu dem in Halle eine beschränkte Anzahl Fahrkarten ausgegeben werden. Verkaufsbeginn am 30. Juni, vormittags 8 Uhr. Halle Abfahrt 6.18 abends.

* **Wuchergericht.** In der gestrigen Tagung des Amtsgerichts, Abteilung für Wuchersachen im beschleunigten Verfahren, ist durch sofortigen Erlaß eines Strafbefehls erkannt worden 1. gegen eine hiesige Altwarenhändlerin wegen übermäßiger Preissteigerung zweier auf einer Auktion erstandener Motore auf eine Geldstrafe von ½ Million Mark; 2. gegen eine hiesige Lebensmittelhändlerin wegen fahrlässiger Nichtauszeichnung feilgehaltener Kartoffeln auf eine Geldstrafe von 2500 Mark; 3. gegen einen hiesigen Händler wegen unerlaubten Großhandels mit Butter auf eine Geldstrafe von 50 000 Mark; 4. gegen eine hiesige Lebensmittelhändlerin wegen übermäßiger Preissteigerung für Sauerkraut auf eine Geldstrafe von 30 000 Mark und Einziehung des übermäßigen Gewinns in Höhe von 20 000 Mark.

* **Wem gehört der Schäferhund?** Von der Kriminalpolizei wurde ein Schäferhund beschlagnahmt. Derselbe ist dunkelgrau, schwarz meliert, hat hellen Kragen und hellgelbe Beine, auf dem Kopfe befindet sich eine Narbe. Der Eigentümer wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 67 oder 68, zu melden.

* **Kommunistische Kindergruppe.** Heute abend im „Volkspark" Versammlung. Um 6 Uhr Sitzung der Leiter im „Volkspark". Am Donnerstagabend 6 Uhr Zusammenkunft der Kassierer in der „Produktiv-Genossenschaft". Erscheinen ist Pflicht.

Ammendorf. Schaffung eines Verbraucherausschusses. Aus bitterer Not heraus haben sich alle politischen und wirtschaftlichen Organisationen zusammengeschlossen, um dem Wuchertum und der Aushungerung durch die Belieferungssabotage der agrarischen Schieber entgegenzutreten. Die proletarischen Organisationen haben jetzt einen Verbraucherausschuß geschaffen. Alle Meldungen über Wucher oder Zurückhaltung von Waren, Kartoffeln usw. sind zu richten an Franz Keller, Amt, Gemeindeverwaltung, Zimmer Nr 12, und Willy Gropp, Maltritzstraße Nr. 2 a.

Dölau. Das Ueberstundenunwesen bei der Firma Gebr. Baensch fordert den Protest der gesamten Arbeiterschaft heraus. Bisher haben alle Ermahnungen und Proteste bei dem Betriebsrat nichts genutzt. Besonders arg wird es in der Wasserglasfabrik getrieben. Sonntagsarbeit und zehn- bis zwölfstündige Arbeitszeit sind an der Tagesordnung. Es ist höchste Zeit, daß jetzt die gesamte Belegschaft ein ernstes Wort redet. Vorläufig seien die Namen der schlimmsten Ueberstundenschieber der Oeffentlichkeit bekanntgegeben: F. Weickardt, R. Weickardt und K. Gneist.

Hohenthurm. Zum Streik bei der Firma Natorp & Eberhardt geht uns von der Streikleitung folgender Bericht zu: Die Belegschaft der Firma steht seit Montag mittag in einem Abwehrstreik gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Die Firma versuchte schon seit drei Wochen den Betriebsrat dafür zu gewinnen, daß die bisherige Arbeitszeit geändert wird. Bisher ist die Zehnminuten-Frühstückszeit von der Firma bezahlt worden, während die Firma jetzt dazu übergehen will, diese kurze Pause abzuschaffen. Der Metallarbeiter-Verband, dem die Absicht der Firma rechtzeitig von der Belegschaft mitgeteilt worden ist, hat bis heute keine Schritte unternommen. Die Firma hat nun am Freitag eigenmächtig, ohne Zustimmung des Betriebsrates, einen Anschlag herausgegeben, daß vom Montag an vier Tage in der Woche 9 Stunden gearbeitet werden soll und zwei Tage 6 Stunden. Bisher wurden drei Tage in der Woche 9½ Stunden und drei Tage 6½ Stunden laut Arbeitsordnung gearbeitet. Die bisherige Arbeitszeit war mit dem Betriebsrat vereinbart worden. Die Belegschaft, die sich gegen die neue Arbeitszeit gewandt hatte, war erstaunt über den Anschlag der Direktion und verweigerte am Montag, dem 2. Juli, die Arbeit. Sie versuchte noch eine Verständigung mit der Direktion herbeizuführen, doch diese lehnte jede Verhandlung ab. Es fand nunmehr eine Belegschaftsversammlung statt, die einstimmig beschloß, die Arbeit niederzulegen. Sie zog geschlossen vor das Gebäude der Generaldirektion. Es war aber nur der stellvertretende Direktor Hermann Eberhardt (Mitglied des Stahlhelms) anwesend. In dieser Verhandlung wurde nichts erreicht. In der darauf stattgefundenen Belegschaftsversammlung wurde einstimmig beschlossen, den Kampf solange fortzuführen, bis die Direktion den vorschriftsmäßigen Weg zur Einführung einer anderen Arbeitszeit geht. Der Betriebsrat, der die Direktion in der letzten Betriebsratssitzung auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht hatte, lehnt jede Verantwortung ab. Es ist höchste Zeit, daß sich auch der DMV. um die Verhältnisse in diesem Betriebe kümmert. Die Belegschaft kämpft geschlossen gegen die Firma. Sie appelliert an das Solidaritätsgefühl aller Metallarbeiter. Denn ihr Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit ist der Kampf aller Metallarbeiter. Niemand falle auf den Anschlag der Direktion hinein, niemand darf den Streikenden in den Rücken fallen. Hoch die Solidarität aller Metallarbeiter! — Bisher ist festgestellt worden, daß nur die Meister Streikbrecherarbeit leisten. Der Werkmeisterverband muß sich deshalb sofort mit diesen Leuten beschäftigen und dafür sorgen, daß solche Elemente aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft entfernt werden. Die Firma hat jetzt eine Bekanntmachung herausgegeben, in der sie droht, daß sich alle Arbeiter als entlassen zu betrachten haben, die nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen. Die Arbeiter jedoch werden sich durch solche Drohungen nicht einschüchtern lassen, sondern werden geschlossen den Kampf bis zum siegreichen Ende durchführen.

Arbeiter-Sport

Turn- und Sportverein Fichte (Turnabteilung). Die erste Handballmannschaft spielt am Donnerstag, dem 5. Juli, gegen Wörmlitz 1. in Wörmlitz. Treffpunkt 6.15 Uhr an der Endstation der Linie 6. Anfang des Spiels um 7 Uhr. — Sonntag, den 8. Juli, fährt die erste und zweite Jugendhandballmannschaft nach Jena, um die fälligen Rückspiele gegen die „Freie Turnerschaft Jena" auszutragen. Abfahrt 7.50 Uhr. Sämtliche Sportgenossen, die an der Fahrt teilnehmen, auch Nichtspieler, müssen Freitag abend 9 Uhr im „Volkspark" erscheinen, Fahrgeld mitbringen. — Sonnabend, den 7. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspark", Zusammenkunft sämtlicher Vorstandsmitglieder.

Ballspielklub Giebichenstein. Donnerstag, 5. Juli, spielt die 2. Mannschaft gegen Fußballabteilung Germania-Felsenfest auf der Peißnitz, abends 7 Uhr. Aufstellung: Willsdorf, Stroisch, Wenzel, Parche, Hoppe, Brose, Ihde, Hagemann, Katzler, Donner, Beier. Ersatz Müller, Alfred. — Sonntag, den 8. Juli, auf der Peißnitz, 2 Uhr und ¼4 Uhr, 1. und 2. Mannschaft gegen Wacker Roßlau 1. und 2. 1. Jugend gegen Wörmlitz 1. Jugend um 10 Uhr, 1. Schüler gegen Askania 1. Schüler um 9 Uhr, 3. Mannschaft gegen Trotha-Süd 3. um 11 Uhr.

Achtung, Leichtathleten! Am Freitag, dem 6. Juni, abends ½8 Uhr, müssen alle Teilnehmer am Kreissportfest in Quedlinburg nochmals im Stadion mit Sportkleidung erscheinen. Es betrifft die Stafetten, und zwar kommen in Frage die Sportgenossen: Otto Schmidt (Fichte), Westphal, Bähr und Naumann (Sportlust), Lorenz (Wörmlitz), Hübler und Wolf (Trotha), Metzschler (Ammendorf). Alles Nähere über Abfahrt daselbst. Sportgenossen, erscheint, damit wir den anderen Bezirken gewappnet entgegentreten können.

Am Sonnabend, dem 7. Juli, treffen sich alle Sportlustmitglieder bei Thomas betreffs der Spiele am Sonntag in Bitterfeld und Eisleben.

Achilles von 1890—Gute Kraft Bernburg. Achilles weilte am Sonntag, dem 1. Juli, mit einigen seiner Ringer in Bernburg. Die Ringerkonkurrenz war sehr stark besucht. Sämtliche Größen waren dort vertreten. Von den Ehrenpreisen konnte Achilles einen Teil für sich buchen. Im Federgewicht errang unser Sportkollege Peter Poß den ersten Preis und Ehrenpreis. In der mittleren Jugend behauptete Fritz Seelmann den ersten Preis und Ehrenpreis für sich. In der Klasse der leichten Jugend konnte Berger jun. den ersten Preis und Ehrenpreis davontragen. Walter Rasch errang in der mittleren Jugend den 5. Preis.

HFC. Sportlust 07. Spielresultate: Sportlust 1.—Fichte 1. 7 : 0. Donnerstag, dem 5. Juli, Sportlust 3.—VfB. Trotha-Süd 3. um ½7 Uhr auf der Peißnitz. Sportlust spielt in folgender Aufstellung: Jordan, Naumann 1, Höpfner, Fr. Wolf, Willy Wolf, Jordan 2, Henze, Weise, Naumann 2, Veitz 1, Veitz 2, Sänger. Freitag ½8 Uhr haben wegen Quedlinburg auf dem Stadion zu erscheinen: Westphal und Naumann 1.

Ballspielklub Giebichenstein erzielte auf dem Sportfeste in Sandersleben folgende Resultate: Sonnabend schlug Ballspielklub 1. den dortigen Bezirksmeister Freie Turner 1. Aschersleben nach schönem, flottem Spiele mit 1 : 0. Sonntag wurde gegen Vorwärts 1. Bernburg ein weiterer 2 : 0 Sieg erzielt. Ballspielklub 2. unterlag gegen Freie Turner 2. Aschersleben (Bezirksmeister der 2. Klasse) mit 2 : 0. Die Jugend mußte sich trotz besseren Spieles gegen Sportlust Sandersleben Jugend mit 1 : 0 geschlagen bekennen. Ballspielklub Schüler schlug VfB. Lettin Schüler mit 1 : 0. Freitag: 2.—Minerva 2. mit 2 : 4. 3.—Sportverein Kröllwitz 3. mit 0 : 4. Donnerstag, den 5. Juli, ½7 Uhr, spielt auf der Peißnitz Ballspielklub gegen die Fußballmannschaft von Germania-Felsenfest.

Verantwortlich: Konrad Finkelmeier für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230704-13/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

101] Von Charles de Coster

39

Da sie Bein hier, Bein da ritten, kamen sie nach Oost-Camp, wo ein großer Wald ist, dessen Saum bis an den Kanal ging. Sie betraten ihn, um Schatten und liebliche Düfte zu finden, und sahen nichts andres, denn lange Waldwege, die in allen Richtungen nach Brügge, Gent, Süd- und Nord-Flandern führten.

Unversehens sprang Ulenspiegel vom Esel.

„Siehst Du dort nichts?"

Lamm sagte: „Ja, ich sehe." Und zitternd: „Mein Weib, mein gutes Weib. Das ist sie, mein Sohn. Ha, Ich vermag nicht, zu ihr zu gehen. Sie so wiederzufinden!"

„Worüber klagst Du?" fragte Ulenspiegel. „So halb nackt ist sie schön, in dem ausgeschnittenen Leibchen aus Nesseltuch, welches das blühende Fleisch sehen läßt. Die da ist zu jung, sie ist nicht Deine Frau."

„Mein Sohn," sprach Lamm, „sie ist es, mein Sohn; ich erkenne sie. Trag mich, ich kann nicht mehr gehen. Wer hätte das von ihr gedacht? So ohne Scham, als Zigeunerin gekleidet, zu tanzen! Ja, das ist sie; sieh ihre zierlichen Beine, ihre Arme, nackt bis zur Schulter, ihre runden, goldbraunen Brüste, die halb aus dem Leibchen von Nesseltuch hervorsehen. Schau, wie sie mit der roten Fahne den großen Hund neckt, der danach springt."

„Das ist ein Zigeunerhund," sprach Ulenspiegel; „in den Niederlanden gibt es diesen Schlag nicht."

„Zigeuner ... ich weiß nicht ... Aber sie ist es. Ha! mein Sohn, Ich sehe nicht mehr hin. Sie streift ihre Hosen noch höher, um ihre runden Beine noch mehr sehen zu lassen. Sie lacht, um ihre weißen Zähne zu zeigen, und laut, um ihre wohlklingende Stimme hören zu lassen. Sie macht ihr Leibchen oben auf und wirft sich zurück. Ach, dieser Hals eines verliebten Schwanes, diese nackten Schultern, diese hellen kecken Augen! Ich lausche zu ihr!"

Und er sprang vom Esel.

Aber Ulenspiegel hielt ihn fest.

„Dies Mägdelein," sprach er, „ist nicht Deine Frau. Wir sind bei einem Zigeunerlager. Hüte Dich. Siehst Du den Rauch hinter den Bäumen? Hörst Du das Hundegebell? Halt! Da sind etliche, die uns ansehen und vielleicht beißen. Wir wollen uns lieber im Dickicht verbergen."

„Ich verberge mich nicht," sagte Lamm. „Diese Frau ist die meine, eine Mämin wie wir!"

„Blinder Narr," sagte Ulenspiegel.

„Blind, nein! Ich sehe wohl, wie sie halb nackend tanzt und lacht und den großen Hund neckt. Sie stellt sich, als sähe sie uns nicht. Aber sie sieht uns gewiß. Tyll, Tyll, Jetzt springt der Hund auf sie los und wirft sie zu Boden, um die rote Fahne zu bekommen. Und sie fällt und stößt einen Klageruf aus."

Und Lamm stürzte hastig hinzu und sprach zu ihr:

„Mein Weib, mein Weib! Wo hast Du Dir wehgetan, Liebchen? Warum lachst Du so ausgelassen? Deine Augen sind verstört."

Und er umarmte und liebkoste sie und sprach:

„Das Schönheitsmal, das Du unter der linken Brust hattest! Ich sehe es nicht. Wo ist es? Du bist nicht mein Weib! Großer Gott im Himmel!"

Und sie hörte nicht auf zu lachen.

Plötzlich rief Ulenspiegel:

„Sieh Dich vor, Lamm."

Als er sich umwandte, sah Lamm einen großen dunklen Zigeuner vor sich stehen, mit hagerem Gesicht und braun wie Pfefferkuchen.

Lamm hob seinen Spieß auf, stellte sich zur Wehr und schrie:

„Zu Hilfe, Ulenspiegel."

Ulenspiegel war mit seinem guten Degen zur Hand.

Der Zigeuner sagte auf Hochdeutsch zu ihm:

„Gebt mir Geld, einen Reichstaler oder zehn."

„Sieh", sprach Ulenspiegel, „das Mägdlein geht laut lachend von dannen und dreht sich immerdar um, damit wir ihm folgen."

„Gebt mir Geld," sagte der Mann. „Bezahle Deine Liebe. Wir sind arm und wollen Dir nichts antun."

Lamm gab ihm einen Karolus.

„Welches Gewerbe treibt Du?"

„Alle", erwiderte der Zigeuner. „Da wir Meister in der Geschicklichkeit sind, vollführen wir wundersame und zauberische Künste. Wir spielen die Schellentrommel und tanzen ungarische Tänze. Mehr als einer unter uns macht Käfige und Roste, die schönsten Kalbsrippen darauf zu braten. Aber alle Vlämen und Wallonen fürchten und vertreiben uns. Da wir nicht vom Erwerb leben können, leben wir von Raub, das ist von Gemüsen, Fleisch und Geflügel, so wir dem Bauern wegnehmen müssen, da er sie uns nicht geben noch verkaufen will."

Lamm sprach zu ihm:

„Woher kommt das Mägdelein, das so sehr meiner Frau gleicht?"

„Sie ist unseres Häuptlings Tochter," sagte der Schwarze.

Dann sprach er leise, wie einer, der sich fürchtet:

„Sie ward von Gott mit Liebestollheit geschlagen und weiß nichts von weiblicher Scham. Sobald sie einen Mann erblickt, gerät sie in närrische Lustigkeit und lacht unablässig. Sie spricht wenig, und lange hielt man sie für stumm. Nachts hockt sie trübsinnig am Feuer, manchmal weint sie und lacht ohne Ursache, zeigt auf ihren Leib und sagt, daß sie Schmerzen hat. Im Sommer um die Mittagsstunde nach der Mahlzeit ist ihre Tollheit am ärgsten. Alsdann tanzt sie fast nackend in der Umgebung des Lagers. Sie will nur Kleidung aus Tüll und Nesseltuch tragen, und im Winter können wir sie nur mit großer Mühe in einen Mantel von Ziegenfell hüllen."

„Aber", sprach Lamm, „hat sie nicht irgendeinen Freund, der sie hindert, sich dergestalt dem ersten besten hinzugeben?"

„Sie hat keinen," sagte der Mann, „denn die Wanderer, die ihr nahen und ihre irren Augen gewahren, haben mehr Furcht vor ihr als Liebe. Dieser dicke Mann war kühn," sagte er, auf Lamm weisend.

„Laß ihn reden, mein Sohn," versetzte Ulenspiegel. „Der Stockfisch spricht schlecht vom Walfisch. Welcher von beiden gibt das meiste Oel?"

„Du hast heute morgen eine scharfe Zunge", sprach Lamm.

Aber Ulenspiegel hörte nicht auf ihn und sagte zum Zigeuner:

„Was tut sie, wenn andere so kühn sind wie mein Freund Lamm?"

Der Zigeuner antwortete traurig:

„Alsdann hat sie Vergnügen und Gewinn. Die sie besitzen, bezahlen ihre Lust, und das Geld dient dazu, sie zu kleiden und auch für die Bedürfnisse der Greise und Frauen."

„Sie gehorcht also keinem?" fragte Lamm.

Der Zigeuner erwiderte:

„Lassen wir denen, die Gott schlägt, ihren Willen. Er gibt derart den seinen kund. Solches ist unser Gesetz."

Ulenspiegel und Lamm gingen fürbaß. Und der Zigeuner kehrte ernst und stolz in sein Lager zurück. Und das Mägdelein tanzte mit ausgelassenem Lachen in der Lichtung.

40

Unterwegs nach Brügge sprach Ulenspiegel zu Lamm:

„Wir haben eine große Summe Geldes ausgegeben, um Soldaten anzuwerben, die Häscher zu bestechen, die Zigeunerin zu beschenken und die unzähligen Olse Kockens zu bezahlen, die Du unaufhörlich ächzst, anstatt ihrer einen zu verkaufen. So ist es trotz dem Begehren Deines Bauchs an der Zeit, ehrbarer zu leben. Gib mir Dein Geld, ich werde die gemeinsame Börse aufheben."

„Tu das," sprach Lamm und gab sie ihm. „Doch laß mich nicht hungers sterben, denn bedenke, dick und gewaltig wie ich bin, bedarf ich einer kräftigen und reichlichen Nahrung. Für Dich, der Du mager und schmächtig bist, ist es gut, von der Hand in den Mund zu leben, zu essen oder nicht zu essen, was Du findest, wie die Planken am Uferdamm, so von Luft und Wasser leben. Ich aber, den die Luft aushöhlt und der Regen heißhungrig macht, ich brauche andern Schmaus."

„Du sollst ihn haben, tugendhaften Fastenschmaus. Die heißgefüllten Wänste widerstehen da nicht; sie schrumpfen nach und nach ein und machen den schwersten Mann leicht. Und bald wird man meinen zierlichen Lamm weiblich entfettet wie einen Hirsch laufen sehen."

„Ach", sprach Lamm, „was wird künftig mein mageres Schicksal sein? Mich hungert, mein Sohn, und ich möchte zur Nacht essen."

(Fortsetzung folgt.)

Der Kämpfer

Wohl bin ich in Ketten geschlagen,
damit ich euch Sklave sei
und daß ich mit Zittern und Zagen
mich beug eurer Tyrannei.

Nicht zittern werd' ich, nicht klagen,
nicht jammern um mein Leid,
werd' auch geduldig nicht tragen
die Kette — als Schleppe am Kleid.

Schnürt ihr sie auch fester zusammen,
die Ketten, voll Angst und Wut —
ihr werdet den Haß nur entflammen
den Haß — der zum Kampfe ruft! —

Und ich werd' die Stimme nicht dämpfen,
die in mir nach „Freiheit" schreit,
ich werde euch hassen — und kämpfen,
bis ich von den Ketten befreit!

Karl Quosig.

Steuererklärung eines dreiundsiebzigjährigen Proletariers

Die Not der Altersrentner ist so groß, daß viele dieser bedauernswerten Leute nicht wissen, wie sie sich durch das sorgenvolle Leben schlagen sollen. Mühsam schleppen sich die in zerschlissene Kleider gehüllten Altersinvaliden durch die Straßen der Stadt. Als Nahrung dient ihnen oft nur trockenes Brot. Der Hunger und das elende Dahinvegetieren treibt viele zum Selbstmord.

Für diese Armen, die ihr Leben lang im Schweiße ihres Angesichts gearbeitet haben, hat der bürgerliche Staat nur ein paar lumpige Bettelpfennige übrig, während er Milliarden unnütz verschleudert und den Kapitalisten an den Hals wirft. Nicht nur das. Statt den notleidenden Altersrentnern das Leben zu erleichtern, verlangt der über und über verschuldete Staat, daß sie sogar Steuern bezahlen sollen. So erhielt kürzlich ein dreiundsiebzigjähriger Proletarier vom Finanzamt in X eine Steuererklärung zugestellt, die er ausfüllen sollte. Dieser Alte besitzt trotz seiner Notlage noch Humor genug und schickte mit dem nachstehenden Gedicht die Steuererklärung wieder zurück.

Ich habe weder Haus, noch Hof, noch Felder, Wald und Gärten,
und mein Gewerbe schützt nicht mehr mich vor des Lebens Härten.
Es fehlt am nötigen Kapital, es lukrativ zu treiben:
zu teuer ist's Material, d'rum laß ich's bleiben.

Und lebe von der Hilfe, die — mir liebe Brüder spenden
und treue Freunde in der Welt, an die ich mich mag wenden.

Von allem, was hier neben steht, hab' ich nichts im Besitze,
und Arbeit, die um Lohn sich dreht, bringt mich nicht mehr in Hitze.

Kurzum, ich leb' von Hand zu Mund von and'rer Lieb' und Güte,
dieweil der liebe „Vater Staat" mich nicht trägt im Gemüte.

Und könnte wohl von diesem Staat mit Fug und Recht verlangen:
daß er, nun, da ich alt und grau, ums Brot mich nicht läßt bangen.

Daß ich, der ich zu aller Zeit gern im Berufe schaffte
und in ihm auch den Obolus für'n „Vater Staat" erraffte,

Nicht stehen muß als Bittender — mit dreiundsiebzig Jahren —
vor fremder Tür statt als ein Recht, Versorgung zu erfahren.

Und daß er ernstlich gar nichts tut, zu wehr'n dem Wohnungsjammer,
daß nächsten Winter weiter ich frier' in einer Bodenkammer,

Das ist nicht schön vom „Vater Staat"! Er sollte in sich gehen
und sorgen, daß der, der geschafft, nicht spürt des Alters Wehen.

Sonst ist ein Rabenvater er und hat kein Recht zu fordern:
daß seine Kinder, allzumal, sich fügen seinen Ordern.

Was kann zu aller Vorschrift nun, die hier gedruckt, ich sagen!
Ich hätte weiter nichts zu tun, als lauter Striche machen.

Das aber schien zu öde mir; ich zieh' es vor, statt dessen
zu reden diesem „Vater Staat" ein wenig in's Gewissen.

Und dazu scheint ganz passend mir, hier dieser Steuerbogen,
der in den Tagen des April mir glücklich zugeflogen.

Zwar irre ich am Ende mich in diesem meinen Denken
und müßte meinen „guten Rat" nach jenen Stellen lenken,

Wo man den „Vater Staat" für's Volk sucht menschlich zu erwärmen
und dabei leider auch oftmals gerät in Streit und Lärmen.

Nun wohl! Mein Mahnen tönt ihm leis, doch ist er gut beraten
und es wird „seiner Herrlichkeit" ganz sicher niemals schaden.

G. F. L.

★ Was sollen wir lesen? ★

Sämtliche hier aufgeführten Bücher und Zeitschriften sind zu beziehen in Heftes: Volks-Zentralbuchhandlung der Produktiv-Genossenschaft, Berchemstraße 14, in deren auswärtigen Filialen, sowie in der Volksbuchhandlung Harz 42/44; Magdeburg: Buchladen der „Tribüne", Jakobstraße 4.

„Kommunisten und Franzosen im Ruhrgebiet." Wenn die bürgerlichen Zeitungen noch immer ihre Meldungen bringen, daß die Kommunisten mit den Franzosen Hand in Hand arbeiten, so hat jetzt der französische Generalstabsmajor uns wirkliche Tatsachen gebracht. Und er hat es so ausgezeichnet fertiggebracht, daß er der Sache des Kommunismus dient, natürlich ohne es zu wollen. Poincaré schreitet als Hyäne über die Leichenfelder an der Ruhr, die französischen und die deutschen Kommunisten arbeiten Hand in Hand. Was man in Deutschland erlebt, den Kampf gegen die Kommunisten, passiert auch in Frankreich. Und mit gefälschten Dokumenten versucht man den Führern der Kommunisten beizukommen. Die als billige Broschüre vorliegende Anklagerede aus „berufener" Feder gibt uns die Richtlinie des Zusammenarbeitens der französischen und deutschen Kommunisten und zeigt unseren gemeinsamen Kampf gegen die Ruhrbesetzung. Die Einleitung zu der im Verlag der „Viva" erschienenen Broschüre hat der Genosse Aug. Thalheimer geschrieben.

Die imperialistische Jugend

Von Upton Sinclair.

Aus dem „Buch des Lebens", Band III, „Das Geschlecht und die amerikanische Jugend".

Ich will in diesem Kapitel der kapitalistischen Moral den Spiegel vorhalten.

Ich überlege: wo soll ich beginnen? Beim obersten oder beim untersten Teil der Gesellschaft? Bei der Stadt oder beim Land? Bei den Alten oder bei den Jungen? Wahrscheinlich liegt Euch allen am meisten an Euern Kindern, deshalb will ich Euch berichten, wie es der Jugend Amerikas in diesen Tagen der triumphierenden Reaktion ergeht.

Ich habe einen Sohn, von dem ich begreiflicherweise sehr viel halte. Er studiert an einer unserer staatlichen Hochschulen und schrieb mir unlängst: „Ich nahm neulich an einem Tanzabend teil. Glaube mir, Vater, wenn Du wüßtest, was diese modernen Tänze bedeuten, Du würdest über sie schreiben." Ich weiß sehr wohl, was sie bedeuten. Einige sind geradewegs aus den argentinischen Bordellen, den ärgsten Lasterhöhlen der Welt, zu uns gekommen, andere aus dem Dschungel, wo sie etwas Natürliches waren.

Professor William James, Amerikas größter Psychologe, lehrt, daß ein Mensch, der die einem Gefühl entsprechenden Gebärden macht, in sich rein automatisch dieses Gefühl erweckt. Was glaubt Ihr, geht in den jungen Männern und Frauen vor, während ihre Körper Gebärden machen, die nichts anderes sind, als eine Nachahmung des Geschlechtsakts? Anscheinend sind die Eltern unwissend oder naiv und haben es ihren Kindern überlassen, herauszufinden, was diese Tänze bedeuten. In der Schulzeitung von Browns-College, einer der vornehmsten Erziehungsanstalten Amerikas, konnte man lesen: „Das junge Mädchen der ‚Gesellschaft' trinkt immer genug und manchmal zu viel. Es raucht unablässig, flucht und erzählt ‚schweinische' Geschichten. Ist ein leichtfertiges, leidenschaftliches, sensationslüsternes kleines Ding."

Fragte ich Euch, was den größten Einfluß auf die Jugend Amerikas besitzt, Ihr würdet sicherlich erwidern: Das Kino. In den Kinos lernen Eure Kinder das Leben kennen; das, was auf der Leinwand erscheint, spielt sich in den Herzen und Köpfen von Millionen unserer Knaben und Mädchen ab. Laßt die Mädchen darüber abstimmen, was sie für das wünschenswerteste Schicksal halten, nenn von zehn werden den Beruf eines Kinostars nennen, der ihnen ermöglicht, vor einer ganzen Welt von Bewunderern aufzutreten und im Jahr eine Million Dollar einzunehmen. Ihr kennt ja alle das Hauptthema der Kinostücke: Die tugendhafte Tochter des Volkes, die allen Versuchen widersteht und schließlich durch den starken Arm einer männlichen Puppe vor dem Verführer gerettet wird. Gibt es eine bessere Illustration kapitalistischer Heuchelei als die Tatsache, daß das Mädchen, daß diese Rolle spielt, höchstwahrscheinlich mit seiner Tugend für sie zahlen mußte? Wenn Ihr etwas von jungen Mädchen versteht, so beobachtet das Spiel auf der Leinwand, und Ihr werdet an jeder Gebärde der Heldin erkennen, daß ich die Wahrheit sage. Meine Frau versteht sich auf junge Mädchen; unlängst besuchte ich mit ihr ein Kino. Nach der Vorstellung sagte sie: „Ich habe ein Problem gelöst. Wenn ich mit der Straßenbahn fahre, sehe ich oft junge Mädchen aus den höheren Bürgerschulklassen. Ich beobachtete sie, begriff nicht, was mit ihnen geschehen sei. Sie hatten alle harmlose, ehrliche Mädchenhaftigkeit verloren, machten auf die seltsamste Art „süße Augen", die niemandem galten, schnitten sehnsüchtige Gesichter, und wenn sie gehen, so schreiten sie nicht aus, sondern winden sich. Zuerst dachte ich, in der Schule müßte eine nervöse Augen- und Lippenkrankheit wüten; jetzt aber, nach dem Kinobesuch, weiß ich, was das Ganze bedeutet: Diese Mädchen ahmen den Star auf der Leinwand nach."

Im Kino sehen wir „naive", junge Mädchen, die schließlich durch den Fang eines reichen Bräutigams dem Stück ein glückliches Ende geben, wir sehen auch „Vampire", die junge Männer verführen und häusliches Glück zerstören. Im alten Melodram war es möglich, die Naive vom Vampir zu unterscheiden, erstere trippelt leicht dahin, blickte schelmisch drein, letztere bewegte sich langsam, schlangenhaft, warf unheilvolle Blicke unter halbgeöffneten Wimpern hervor. Heute jedoch spielen die Vampire die Naiven und die Naiven sind ebenso lasterhaft wie die Vampire. Beide blicken gleich, beide enden mit der gleichen geschlechtlichen Verzückung. Das ganze Kinostück ist Geschlecht und nichts anderes, außer wenn geschossen und gekämpft wird.

Auch die Operetten sind nichts anderes, als Geschlecht, sind Mädchen- oder besser gesagt Beinausstellungen. Auf der Bühne tanzt eine Anzahl halbnackter Frauen, und im Zuschauerraum sitzen kahlköpfige, alte Männer, Studenten oder junge Leute, die sogar für die Universität zu dumm sind, betrachten mit gierigen Augen die Frauen, schicken ihnen kostspielige Blumen. Der Durchschnittsamerikaner führt seine Familie in Operetten, die geradewegs aus Pariser Bordellen stammen und in denen jede Anspielung eine Obszönität ist.

Ich lebe in Süd-Kalifornien, in einer der vielen Gegenden Amerikas, wo sich die müßigen, nach Zerstreuung fahndenden Reichen einfinden. Die ganze Gegend ist mit palastartigen Hotels besät, die jeden Winter von den goldenen Scharen der Vergnügungsuchenden überfüllt werden. Ich sprach darüber mit einigen Studenten und auch mit Lehrern, die mir erklärten, diese „vornehmen" Hotels seien Brutstätten des Lasters. Verheiratete Frauen kommen in ihren Automobilen gefahren, getrieben von dem Wunsch, in den Canons geschlechtliche Orgien zu feiern; darunter sind auch weißhaarige Frauen, alt genug, um Großmütter zu sein. Ich ließ mir diese Welber in den Hotels zeigen, ihre Wangen und Lippen waren rot geschminkt, sie zeigten die leidenbekleideten Beine bis zu den Knien und entblößten den halben Rücken. Diese alten Weiber sind auf der Suche nach jungen Burschen, deren Jugend sie begehren und auch gut zu bezahlen geneigt sind.

Ich las unlängst den Bericht eines bekannten Neuyorker Arztes, der an einen Polizeihauptmann die Frage gestellt hatte, was die bedeutsamste Entwicklung im gesellschaftlichen Leben Neuyorks sei? Die Antwort lautete: „Die Verbreitung der männlichen Prostitution." Bei diesem Thema versagt mein Mut, ich vermag nicht die Witze wiederzugeben, die junge Burschen darüber und über die darauf bezügliche Haltung der Polizei machen. Es genügt festzustellen, daß alle Formen des Lasters in der Unterwelt unserer großen Städte eingebürgert sind. Neulich sprach einer meiner Freunde mit einer Prostituierten, die ein „vornehmes" Bordell, wo der Preis zehn Dollars war, verlassen hatte, und in ein Matrosenbordell gegangen war, wo der Preis bloß fünfzig Cent betrug. Nach dem Grund gefragt, erwiderte sie: „Die Matrosen sind natürlich."

Die Korruption der widernatürlichsten Laster verseucht bereits unsere ganze Gesellschaft — und Ihr glaubt, es genüge, wenn Ihr diese Tatsache einfach nicht zur Kenntnis nehmt!

Aerztekurse für Körperkultur. Der preußische Wohlfahrtsminister richtete an das russische Volkskommissariat für Gesundheitswesen eine Einladung zur Teilnahme russischer Aerzte an den in diesem Sommer stattfindenden Aerztekursen für Körperkultur in Berlin, die für das russische Volkskommissariat für Gesundheitswesen besonders interessant seien wegen der von ihm betundeten planmäßigen Pflege der Körperkultur für die heranwachsende Jugend. Die Einladung wird von der Moskauer Presse zustimmend kommentiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230704-13/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. **Bezugspreis** frei Haus monatl. 15 500 M., durch die Post 14 500 M. ohne Zustell.-Gebühr. **Druck u. Verlag:** Produkt.-Genossensch. i. d. Bez. Halle-Merseburg GmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045/1047/2251 **Schriftleitung:** Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr. | **Der Anzeigenpreis** beträgt: 650 M. für den Millimeter Höhe und Spalte, 3000 M. für Reklamenansicht, an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 700 Mark | **Mittwoch, den 4. Juli 1923** | **3. Jahrgang Nr. 153**

Erhaltung der Substanz auf Kosten des Proletariats

kn. Man wird in bürgerlichen Blättern immer häufiger erwähnt finden, daß die deutsche Industrie, der deutsche Handel, der deutsche Besitz alles daransetzen muß — nicht etwa den Arbeitern „angemessene" Löhne zu zahlen — nein, die „Substanz" zu erhalten, ja, sogar diese Substanz zu vermehren. Die Substanz ist das Kapital, der Warenbestand, der Kauf- und Verkaufspreis von 1914. Das deutsche Kapital hat die Inflation, die ungeheure Schichten der Bevölkerung an den äußersten Rand des Hungers und der Entkräftung gebracht hat, im vollsten Maße benutzt, um sich seinen Besitz uneingeschränkt zu erhalten und heute noch in Papiermark dieselben Preise zu erhalten wie 1914 in Goldmark. Die deutsche Landwirtschaft erhält heute für einen Zentner Getreide genau denselben Preis wie 1914, sie tauscht ihre Goldwerte nur gegen solche Papiermengen ein, die dem heutigen Dollarstande entsprechen. Die deutsche Landwirtschaft hat es bei diesem System fertig gebracht, ihre Kraft, ihren Besitz vollkommen auf der Höhe von 1914 zu erhalten, und da sie — jeder einzelne für sich — fast dieselben Mengen — ja in vielen Fällen sogar noch mehr produziert als damals, bedeutet diese Preismethode bei der ungeheuren Verarmung der Lohn- und Gehaltsempfänger eine unerhörte Bewucherung des Proletariats. Stahl, Eisen, Kohle versucht die Industrie beständig auf einer Preishöhe zu halten, die dem Dollarstande entspricht, ja ihn sogar teilweise bedeutend überholt. Auf dem Effektenmarkt macht sich seit jüngster Zeit eine Bewegung bemerkbar, den Kurs der Wertpapiere dem Dollarstande anzugleichen. Man weiß — und hört es zu seinem Leidwesen immer wieder, daß der Kleinhandel dieser Bewegung lakaienhaft — seinem Schicksal als ausbeutendes, ausgebeutetes Zwischenglied gemäß — versucht täglich die Warenpreise den Dollarkursen folgen zu lassen. Wir wissen, daß die **großen Konzerne, daß vor allem Hugo Stinnes mit aller Gier und Brutalität darauf ausgeht, den Kreis des Dollars in die Höhe zu treiben, die Mark zu entwerten, die Waren zu verteuern und infolge aller dieser Zwischengewinne und Hauptgewinne eine Wirtschaftsdiktatur aufzurichten.** Dieses ganze Manöver vollzieht sich fortgesetzt unter dem Schlagwort: „Erhaltung der Substanz", und sie lügen uns frech vor, ohne diese Substanzerhaltung wäre „die Gesundung Deutschlands" nicht möglich.

Dies alles ist Schwindel. Diese Aktion vollzieht sich auf Kosten des Proletariats. Die Industrie, die Landwirtschaft erhält ihre Substanz, während die Reallöhne immer niedriger werden; und nachdem man jetzt die Reallöhne auf ein Minimum heruntergebracht hat, geben sich die Gewerkschaften dazu her, diese vollkommen heruntergebrachten Reallöhne in sogenannte „Goldmarklöhne" verwandeln zu wollen. Ja, sie brüsten sich noch damit. Sie können sich beruhigen. Die Industrie wird sich nicht einmal bereit erklären, diese verhunzten Goldmarklöhne zu zahlen. Die Industrie wird weiter daran „arbeiten", ihre Substanz zu erhalten und weiter entwertete Löhne zu zahlen. Die Substanz ist für den Arbeiter der Friedenslohn. Davon ist er so weit entfernt, wie die Industrie entfernt ist, nach dem schäbigen Lohn der heutigen Arbeiter ihren eigenen Verdienst zu bemessen. Bedenken wir noch, daß der Friedenslohn des Arbeiters — also seine Substanz — an sich eine erbärmliche Abfindung war. Stellt Euch nun vor, wie elend Euch im Grunde die Gewerkschaften abfinden wollen! Das Proletariat muß diesen Betrug erkennen; es liegt am ganzen System, und dieses System muß zertrümmert werden.

*

Wucherzahlen

	1913		jetzt	Vielfaches:
Roggen 1 Zentner	8,20	Mk.	297 000	36 210
Fettförderkohle t	12,—	„	528 000	44 000
Stabeisen pro t	98,—	„	4 800 000	49 000
Bergarbeiterlöhne (7 Stundenschicht)	5,—	„	75 000	15 000
Metallarbeiterlöhne (Unternehmerangebot pro Stunde)	0,70	„	6500	9500
Dollar	4,20	„	154 000	rund 40 000

*

In der Woche vom 18. bis 24. Juni sind die Lebenshaltungskosten nach den Berechnungen der „Roten Fahne" um 63 Prozent gestiegen.

Daß diese Berechnung den Tatsachen entspricht, beweist das Statistische Amt der Stadt Köln, das vom 6. bis 20. Juni eine Steigerung von insgesamt 73,6 Prozent errechnet.

Selbst der Stinnesindex der „Industrie- und Handelszeitung" gibt in der vergangenen Woche eine Steigerung um 26 Prozent und eine Steigerung um 39 Prozent bei den Großhandelspreisen zu.

*

Typisch ist die Preisentwicklung auf dem deutschen Getreidemarkt seit Mitte Juni. Während sich der Dollar von etwa 100 000 am 12. Juni bis auf 155 000 am 20. Juni entwickelte, vervielfachten sich in der gleichen Zeit die Preise für Inlandgetreide um rund das 2½fache. Es kostete pro Zentner:

	12. 6.	20. 6.	30. 6.
Weizen	146 000	225 000	380 000
Roggen	119 000	168 000	300 000
Hafer	96 000	151 000	295 000
Dollar	98 503	129 675	154 113

Die Agrarier folgen eben nicht mehr dem Dollar, der ihnen zu langsam steigt, sondern den deutschen Industrieaktien, deren Wertsteigerungen auch durchschnittlich um 50 bis 100 Prozent über der jeweiligen Markentwertung liegen.

*

Nach welchem Kurs?

Vom 30. Juni bis zum 2. Juli fiel der Dollar von 181 000 auf etwa 166 000. In der gleichen Zeit stieg der Zentner Weizen von 380 000 auf 425 000 Mark, Roggen von 300 000 auf 315 000 Mark. Gerste wurde überhaupt nicht notiert, weil kein Angebot vorlag. Nach welchem Kurs rechnen die Agrarwucherer nun eigentlich?

*

Neue Preise

Der Dollar ist seit einigen Tagen nicht nur auf dem gleichen Stand geblieben, sondern sogar etwas gefallen. Das stört die deutschen Kapitalisten nicht. Sie rechnen es sich schon als Verdienst [illegible] ndern „nur" langsam [illegible] 30 Prozent herum. [illegible], bis 30. Juni erhöht, [illegible] f 2 853 000 Mark, für [illegible] Mark. [illegible] ür Margarine neuer- [illegible] erhöht. Die billigste [illegible] itität 25 800 Mark im [illegible] chung und dem ent- [illegible] rt von jetzt an keine [illegible]

[illegible] **barfuß!**

[illegible] cher in Berlin gibt [illegible] paraturen, gültig ab [illegible]

[illegible]	93 332	Mk.
[illegible]	102 349	„
[illegible]	80 395	„
[illegible]	89 412	„
[illegible]	79 140	„
[illegible]	88 157	„
[illegible]	36 564	„
[illegible]	48 587	„
[illegible]	795 000	„ an
[illegible]	397 500	„

[illegible] illiger stellen, ist die [illegible] kann sich noch Schuhe [illegible] eten gewiß nicht. — [illegible] Antwort: Friedens-

[illegible] **1. August**

[illegible] 1. August im Aus- [illegible] llgt: Brief im Ortsverkehr 400 Mk., Brief im Fernverkehr 1000 bis 1800 Mk., Poststarte im Ortsverkehr 200, im Fernverkehr 400 Mk. Ueber die Fernsprechsätze, die vom Ministerium mit 500 Mk. für das Ortsgespräch und 500 000 Mk. für die Anschlußgrundgebühr vorgeschlagen waren, ist eine Einigung zur Stunde noch nicht erzielt.

*

Das Sinken des Reallohnes

In der Woche vom 25. Juni bis 1. Juli sind die Lebenshaltungskosten von neuem um 21 Prozent gestiegen. 772 692 Mk. in der Woche müßte ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern erhalten, um annähernd so leben zu können wie in der Vorkriegszeit. Die Lebenshaltungskosten sind gegen die Vorkriegszeit auf das 23 372fache gestiegen.

Ein bedeutungsvoller Kampf

Der Kampf der Metallarbeiter in Berlin ist für die gesamte Arbeiterbewegung in Deutschland von allergrößter Bedeutung. In der Vorkriegszeit standen die Metallarbeiter Berlins mit ihren Löhnen ziemlich mit an der Spitze. Die glorreiche Politik des Metallarbeiterverbandes, von Schlicke eingeleitet, von Dißmann fortgesetzt, von Ziska in Berlin sehr schlecht durchgeführt, hat die Metallarbeiterlöhne in Berlin tief unter das allgemeine Lohnniveau hinabsinken lassen. Bei vielen Verhandlungen über Lohnforderungen in anderen Gruppen benutzten die Unternehmer die billigen Löhne in der Metallindustrie als Dämpfer gegen höhere Forderungen. Ganz besonders die Gehälter der Angestellten in der Metallindustrie wurden in der angedeuteten Weise von den Unternehmern als Druckmittel benutzt. Schon in dieser Beleuchtung bekommt die augenblickliche Bewegung der Metallarbeiter in Berlin ein weit über den Kreis, der direkt Beteiligten hinausgehendes Interesse. Da man weiter weiß, daß hier die Unternehmer eine Kraftprobe veranstalten, ist der Ausgang dieses Kampfes daher von entscheidendem Einfluß für das Verhalten der Unternehmer in allen anderen Gruppen.

Engherziger, zunftmäßiger Gewerkschaftsbureaukratismus läßt selbstverständlich alle sozialen und politischen Gesichtspunkte bei der Entscheidung dieser Frage unberücksichtigt. Die Ziska und Urich vom Metallarbeiterverband bemühen sich krampfhaft mit den Unternehmern — friedlich den Konflikt zu erledigen. Das heißt, die Gewerkschaftsbureaukraten dopen zurück. Schon haben sie in die Front der Arbeiter eine Bresche geschlagen, in die das Kapital munter hineinfeuert. Die Mitgliedschaft des Metallarbeiterverbandes wird von ihren Führern geradezu erdolcht.

In überwältigender Mehrheit hatten die Mitglieder das Angebot der Unternehmer abgelehnt. Unter keinen Umständen wollten sie von der Forderung eines Stundenlohnes von 10 000 Mark etwas ablassen. Am Montag hätte der Streik beginnen müssen oder die Unternehmer mußten vorher erklärt haben: die Forderung der Metallarbeiter wird vollständig anerkannt! — Solche Erklärung lag nicht vor. Trotzdem begaben sich die Gewerkschaftsvertreter in die Fallgrube neuer Verhandlungen. Nachdem sie so den Unternehmern gezeigt hatten, daß sie, die Herren Gewerkschaftsführer, auf den Willen der Mitglieder pfeifen, gegen deren Entscheidung, nach den Wünschen der Unternehmer, Konzessionen zu machen bereit sind, hatten die Metallkapitalisten natürlich Oberhand; höhnisch protzig traten sie auf, ihre Bedingungen sollten anerkannt werden. Und dann erklärte man sich gerissen zu einem kleinen Nachgeben bereit. Auf der mittleren Linie von 9000 Mark wollte man sich verständigen. Und die Herren Gewerkschaftsführer ließen sich einseifen; sie ließen sich nach Hause schicken, die Entscheidung um weitere zwei Tage hinausschieben. Das ist die Kapitulation nach der — Kriegserklärung.

Die Gewerkschaftsbureaukratie ist zufrieden, wenn sie mit einem ganz kleinen Scheinerfolg ohne Kampf aus der Affäre herauskommen kann. Nur keinen Kampf! Das ist ihr Prinzip. Dieses Prinzip müssen die Arbeiter mit ungeheuren Opfern bezahlen. Was die Anerkennung eines 10 000-Mark-Stundenlohnes bedeuten würde, das möchten wir an einigen Beispielen demonstrieren. Wir stellen die Stundenlöhne der Metallarbeiter aus der Vorkriegszeit und die Vorkriegszeitpreise, mit den jetzigen Preisen und dem nun geforderten Lohn in Vergleich, geben ferner dazu den Multiplikator an:

		Mark		Mark	Multiplikator
Lohnsteigerung	von	0,75	auf	10 000	13 200
Preis für Butter	„	1,20	„	36 000	30 000
„ „ Semmel	„	0,02	„	500	25 000
„ „ Rindfleisch	„	0,80	„	24 000	30 000
„ „ ein Ei	„	0,06	„	2 200	36 660
„ „ Margarine	„	0,65	„	25 000	38 460
„ „ Schmalz	„	0,60	„	25 000	41 600
„ „ n. Kartoffeln	„	0,08	„	4 000	50 000

So sehen die Preissteigerungen aus. Daran gemessen, würde ein Stundenlohn von 10 000 Mark eine Kaufkraft von höchstens 33 Prozent der der Friedenslöhne ergeben. Aber die Preise steigen weiter. Stürmisch springen sie in die Höhe. Und die Gewerkschaftsbureaukratie pfeift auf den Willen der Mitglieder [illegible] auf deren Entschließungen, sie gehorcht dem Gebot der Kapital[illegible] und läßt sogar noch von den durchaus unzureichenden Forderungen etwas abhandeln. Und um die Geschlossenheit der Metallarbeiter zu sprengen, um sie gegenüber dem Kapital wehrlosser zu machen, inhibiert die Gewerkschaftsbureaukratie den beschlossenen Kampf, übergibt sie eine wichtige Position dem Kapital, schiebt die Entscheidungen hinaus, versucht mit allen Mitteln, Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiterschaft hineinzutragen.

Gelingt es der Berliner Metallarbeiterschaft nicht, diesen neuen Streich der Gewerkschaftsbureaukratie gründlich zu parieren, gelingt es ihr nicht gegen den Willen der Bureaukratie, im Kampf gegen das Kapital ihre Forderung durchzusetzen, dann bedeutet das nicht nur für die Metallarbeiter selbst in Berlin, sondern für die Metallarbeiter in ganz Deutschland, ja für die Arbeiter und Angestellten aller Gruppen eine ganz gewaltige Niederlage. Dieser Niederlage würden unfehlbar neue gewaltige Preissteigerungen folgen, die das lächerlich geringe Lohnzugeständnis vollständig unwirksam machen.

Die Arbeiter können keine isolierten Niederlagen erleiden. **Niederlagen einer Gruppe verwandeln sich in Rückschläge für die**

Neue große Streikwellen in Berlin

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 4. Juli.

Gestern setzte das Schiedsgericht zwischen dem Verband Berliner Metallindustriellen und dem Metallkartell im Reichsarbeitsministerium einstimmig, also mit den Stimmen der Gewerkschaftsvertreter, den Stundenlohn für die dritte Juniwoche auf 7333 Mark und für die erste Juliwoche auf 9000 Mark fest. Zu diesem Schiedsspruch nahm gestern eine Funktionärkonferenz des Metallarbeiterverbandes Stellung. Die bereits eingesetzte provisorische Streikleitung und das Metallkartell empfahlen Ablehnung. Auf Antrag wurde daraufhin mit ⅔-Mehrheit eine Diskussion auf eine neue Urabstimmung abgelehnt und mit zirka 5000 gegen 5 Stimmen der Schiedsspruch verworfen. Die Streikleitung wurde beauftragt, sofort die notwendigen Maßnahmen zur Einleitung des Streiks zu ergreifen. Inzwischen sind bereits spontan einige Großbetriebe der Metallindustrie stillgelegt worden.

Die RGI. zur Transportarbeiter-Einheitsfront

Rosta. Moskau, 2. Juli.

Die Konferenz der Roten Gewerkschaftsinternationale beschäftigte sich mit den Entschließungen des Generalrates der Internationalen Föderation der Transportarbeiter, die das Berliner Uebereinkommen, betreffend die Einheitsfront, nur unter der Bedingung für gültig erklären, daß die Rote Gewerkschaftsinternationale den Kampf gegen Amsterdam aufgibt. Die Konferenz beschloß einen Protestaufruf gegen die Sabotierung der Beschlüsse der Konferenz der Transportarbeiter durch den Generalrat zu erlassen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230704-13/fragment/page=0007